



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1909

80 (17.2.1909) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-314292](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-314292)

General-Anzeiger



Abonnement:

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

70 Pfennig monatlich.
Erlangerlohn 26 Btg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
aufschlag 24. 2. 23 pro Quartal.
Eingel-Nummer 6 Btg.

Badische Neueste Nachrichten

Telegramm-Adresse:
„General-Anzeiger
Mannheim“.

Telefon-Nummer:
Direktion u. Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (An-
nahmen, Druckarbeiten) 641
Redaktion 377
Expedition und Verlags-
buchhandlung 218

Unabhängige Tageszeitung.

Inserate:
Die Colonat-Zeile . . . 25 Btg.
Kurzfristige Inserate . . . 30
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

Gelieferte und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 80.

Mittwoch, 17. Februar 1909.

(Abendblatt.)

Zur Lage der Reichsfinanzreform: was weiter?

Die „N. L. Z.“ schreibt:

Der neue Staatssekretär des Reichs-Finanzamtes hat bis heute Erfolge nicht aufzuweisen. Das Branntweinmonopol ist gefallen, das Erbrecht des Staats muß als gefallen betrachtet werden, da die Annahme durch das Mißverständnis zweier Zentrumsabgeordneten erfolgte und danach die Ablehnung in zweiter Lesung sicher ist, die Nachlasssteuer wird ohne Zweifel abgelehnt werden, die Zigarrensteuer, In-
senersteuer, Gas- und Elektrizitätssteuer werden desgleichen fallen. Was bleibt übrig?

Schon dem verflorenen Staatssekretär Freiherrn von Stengel ist ein gangbarer Weg der Förderung der Finanzreform vorgezeichnet worden. Man war damals der Meinung, daß in Beratungen der Vertrauensmänner des Blocks man versuchen müsse, sich über die Vorschläge, die dem Parlament zu machen wären, zu einigen. Dieser Gedanke fand allseitige Billigung. Die Notwendigkeit einer künftigen Fühlung des Blocks mit der Regierung schien selbstverständlich. Aber es kam anders. Herr von Stengel ging und Herr Sydow bereitete in camera caritatis keine Vorschläge vor, und als die Dinge zur Vollendung gereift waren, da berief man die Vertrauensmänner einschließlich der Führer des Zentrums, nicht um ihre Meinung zu hören, sondern um ihnen feststehende Vorschläge mitzuteilen, an denen nichts zu ändern war; ein gänzlich verfehltes Verfahren. Um feststehende Beschlüsse zu erfahren, dazu war es nicht nötig, für die berufenen Abgeordneten nach Berlin zu fahren, um ihren Widerspruch gegen gänzlich verfehlte Steuerpläne ungehört verhallen zu lassen. Herr von Sydow hoffte die Unterstützung des Zentrums zu gewinnen. Die Hoffnung war eitel, ein erfahrener Staatsmann hätte sie von vornherein als eitel erkennen müssen: so war die Situation alsbald unklar geworden. Stund die Politik im Reiden des Blocks, so war es richtiger, auch die Finanzreform als Blockaufgabe aufzufassen, oder aber, wenn man das nicht wollte, auf die Blockpolitik überhaupt zu verzichten. Keines von beiden ist geschehen, und so kam es, daß Herr Sydow sich zwischen zwei Stühlen setzte. Heute liegt die Sache so, daß das Zentrum eine ausreichende Finanzreform nicht machen wird, und da der Block als solcher nicht funktioniert, fällt Zweig um Zweig und Herr Sydow sieht da: ein entlaubter Stamm.

Es ist bedauerlich, daß der Finanzreform von vornherein der große Bug fehlte, daß Vorschläge gemacht wurden, die ganz aussichtslos waren und das große Werk diskreditierten (Gas- und Elektrizitäts-, Insestersteuer), daß man Kompensationen anbot, die wie die Befestigung der Zehntsteuer gänzlich überflüssig waren, da nur ihre Reform, nicht die Befestigung in Frage kommen kann.

Dazu mußte das Fehlen eines Mantelgesetzes von vornherein als ein schwerer Fehler erscheinen. Das Mantelgesetz hat sich bei der letzten Finanzreform so ausgezeichnet bewährt, daß es unbegreiflich ist, wie man aus kurzfristiger Erwägung darauf verzichten konnte. Dadurch entstand die Gefahr, daß die einzelnen Steuergesetze niedergestellt wurden, ohne daß es möglich war, die Dissidenten beim Mantel-

gesetz unter den Gesichtspunkt der nationalen Notwendigkeit der Finanzreform zu sammeln. Was nun?

Ein Jahr ist beinahe verloren. Statt wachsenden Vertrauens unter den Blodgenossen, zieht Mißtrauen ein und die Parlamentarier, deren Ratsschlüsse ungehört verhallen, sind nicht freudig bestimmt. Es wird der ganzen Energie der führenden Politiker bedürfen, um nicht dem In- und Ausland das besämannende Bild eines Scheiterns der Finanzreform zu geben. Ein Finanzschießen der Entscheidung, ob eine direkte Steuer bewilligt wird oder nicht, ist für den Liberalismus nicht annehmbar.

Den Konservativen mag es dienlich erscheinen, die Entscheidung hinauszuzögern; teils ihrer inneren Schwierigkeiten und der landwirtschaftlichen Woche wegen, vielleicht auch deshalb, um zu versuchen, auf diesem Wege die direkte Besteuerung überhaupt zu vermeiden. Wir können uns folgenden Plan der Konservativen denken: Zunächst werden die Konsumsteuern: Branntwein, Bier, Tabak und andere Konsumartikel, durchberaten, um aus diesen Steuerquellen 300 Mill. mit Hilfe des Zentrums u. der Liberalen zu bewilligen. Dann wird man versuchen, diesen oder den nächsten Reichsanwalt zur Annahme einer solchen partiellen Finanzreform zu bewegen, mit der Aussicht in einer späteren Zeit weiter zu reformieren und der Notwendigkeit, zunächst die fehlenden 200 Millionen auf Matrikularbeiträge zu übernehmen. Man wird mit der Argumentation operieren, daß es doch sehr förderlich wäre, einer theoretischen Schranke, der direkten Besteuerung halber, ein Opfer von 300 Millionen zurückzuweisen. Aber die Konservativen täuschen sich. Die Liberalen, einschließlich der Nationalliberalen, werden die Finanzreform nur unter zwei Bedingungen machen: einmal wenn der Gesamtbetrag und nicht nur ein Teil des Bedarfs des Reichs gedeckt wird; zum zweiten, wenn eine direkte Besteuerung des Vermögens erfolgt. Ueber die letzte Frage muß Klarheit geschaffen werden. Die Lösung darf nicht hinausgeschoben werden, sonst laufen die verbündeten Regierungen Gefahr, daß die Konsumsteuern, die noch nicht beraten sind, abgelehnt werden. Wenn die Finanzreform nicht zustande kommt, ist es gar nicht notwendig, in eine Beratung der weiteren Konsumsteuern einzutreten. Man beginnt in den Kreisen der Liberalen unruhig zu werden: der Plan, die Entscheidung über die Vermögenssteuern hinauszuziehen, stimmt bedenklich. Das einzige Mittel, die gegenwärtige Spannung zu lösen, besteht darin, daß Blockpartei und Regierung sich zunächst vor Beratung der Bier- und Tabaksteuer über die direkte Steuer verständigen. Geschieht dies nicht, so wird man erleben, daß zu den bisherigen Niederlagen des Herrn Staatssekretärs weitere Mißerfolge treten. Jedenfalls liegt keine Veranlassung für die Liberalen Parteien des Reichstages vor, der Laizität der Konservativen sowohl die Nachlasssteuer als auch die von den Nationalliberalen vorgeschlagene u. vorbereitete direkte Reichssteuer abzulehnen und alles auf Matrikularbeiträge zu legen weiter zu folgen. Es muß endlich reiner Tisch gemacht werden; die Liberalen haben gerade genügend Entgegenkommen gezeigt; nunmehr ist es Sache der Konservativen und der verbündeten Regierungen auch ihrerseits den so oft betonten guten Willen in die Tat umzusetzen.

Die Liberalen trifft keine Schuld, wenn die Reform scheitert.

Morgengrauen bot die Landschaft ein eigenartiges Bild der Verwüstung. Soweit das Auge reicht, eine endlose, trübe Wasserfläche. Die kahlen Baumkronen ragen aus der wogenden Flut wie dürres Gestrüpp hervor. Hier und da schwimmen zwischen den Eisbänken auf dem Wasser Berge von Heu und Stroh, Gartenhübe, Bretter, entwurzelte Bäume, Möbel und allerhand wirtschaftliche Geräte, die die entseelte Elbe aus den Häusern, Schuppen und Gärten gierig herausgeschpült hat. Ab und zu heben die Eisblöcke die Köpfe von Hausieren, die von ihren ehemaligen Besitzern bei der unvermuteten Ueberschwemmung nicht mehr gerettet werden konnten, aus den Fluten.

Das Wasser der Elbe steht sieben Meter hoch; Havel und Elbe sind um über vier Meter über den normalen Stand gestiegen. Die Ursache der Katastrophe wird auf die ungewöhnlichen Eisverhältnisse zurückgeführt. Die Elbe macht vom Ort Arnburg bis Wittenberge einen etwa fünf bis sechs Kilometer großen Bogen, der sich vollständig mit Eisbänken festgelegt hat. Scholle hat sich hier auf Scholle gehoben, so daß die Elbe auf mehrere Kilometer weit vom Grunde bis zur Wasseroberfläche ein Gebirge von Eis bildet das den gesamten Wasserlauf des mächtigen Stromes hemmt. Bei Sandau, wo die Ufer durch künstliche Dämme befestigt sind, ist es dann zur Katastrophe gekommen. Die Dämme hätten nach dem Urteil der Sachverständigen schon längst nicht mehr dem ungeheuren Eis- und Wasserdruck standhalten können, wenn sie nicht fest gefroren wären. Bei dem jetzt eingetretenen milden Wetter haben sich die Eisbänke erweicht und so den Durchbruch ermöglicht.

Die Nacht zum Sonntag brachte in Havelberg und den umliegenden Ortschaften ein giftvolles Bonik mit sich. Die erschreckten Bewohner der unteren Stadt riefen um Hilfe, die

Politische Uebersicht.

Mannheim, 17. Februar 1909.

Die landwirtschaftliche Woche.

In diesen Tagen schieden sich Landwirte aus allen deutschen Gauen an, um in der Reichshauptstadt zu ersten Beratungen zusammenzutreten und die in der Praxis gesammelten Erfahrungen auszutauschen. Neben rein wissenschaftlichen Fragen, die hauptsächlich mit der Agrarökonomie sowie der Maschinenlehre in engem Zusammenhange stehen, werden zahlreiche Probleme agrarpolitischen Charakters zur Erörterung gestellt; Theorie und Praxis vereinigen sich harmonisch, um nach bestem Können der Landwirtschaft zu dienen. Daß den Beratungen auch der Erfolg gesichert werde, daß die Segnungen fortschreitenden Menschengeistes der gesamten Landwirtschaft zugänglich gemacht werden, dafür sorgen die berufenen Interessentenvereine dieses bedeutungsvollen Erwerbsstandes und nicht zuletzt auch die Regierungen der Bundesstaaten, die sich zur Erfüllung der auf dem Gebiete der Landwirtschaftspflege obliegenden Aufgaben besondere Organe geschaffen haben. Den vereinten Bemühungen aller berufsmäßigen Vertretungen verdankt die Landwirtschaft einmal die erheblichen Produktionssteigerungen während der letzten Jahrzehnte, sodann auch die verhältnismäßig starke politische Vertretung in den Parlamenten.

Soll man heutzutage noch ernsthaft das Problem erörtern, ob Deutschland sich mehr und mehr zu einem Industriestaat entwickle? Die letzte Verfassungsjahres vom Jahre 1907 scheint freilich dieser Behauptung unserer Mandatsträger bis zu einem gewissen Grade Recht zu geben, aber nur insofern, als die Zahl der Erwerbstätigen in der Industrie während der letzten zwölf Jahre erheblich stärker zugenommen hat als in der Landwirtschaft. Dabei bleibt aber zu berücksichtigen, daß wir, beginnend mit dem Jahre 1895, in welchem die vorletzte Verfassungsjahres stattfand, bis 1907 zwei glänzende industrielle Aufschwungsperioden von fünf- bzw. vierjähriger Dauer verzeichneten. Auch in industriellen Kreisen verschließt man sich nicht der Ueberzeugung, daß diese gewissermaßen hyper-trophische Entwicklung der Industrie niemals wiederkehren werde. Andererseits darf mit Sicherheit erwartet werden, daß die in neuerer Zeit mit besonderer Energie betriebene innere Kolonisation, welche die Erzhöfenmachung grundbesitzender Arbeiter und Kleinbauern bezweckt, reiche Früchte tragen und den landwirtschaftlichen Erwerbsstand als solchen erstarren lassen wird. An einer blühenden Landwirtschaft hat auch unser Industrie ein großes wirtschaftliches und nationales Interesse, nicht nur im Hinblick auf den Absatz ihrer Erzeugnisse, sondern auch aus Rücksichten des Arbeiterbedarfs; die stärkere ländliche Bevölkerung vermehrung ermöglicht es, an die Industrie einen Teil abzugeben. So muß denn das Ziel einer gesunden deutschen Volkswirtschaftspolitik stets darauf gerichtet bleiben, Licht und Schatten gerecht zu verteilen, dem Agrar- und Industriegebiete Deutschland die bestmöglichen Bedingungen für eine gedeihliche Weiterentwicklung zu gewähren.

Mit aufrichtiger Freude darf man es begrüßen, daß die Landwirtschaft nach drei Jahrzehnten des Niederganges jetzt

Feuilleton.

Fünzig Ortschaften unter Wasser.

In der Nacht vom letzten Samstag auf Sonntag durchbrach die hochgewollene Elbe den Damm bei Havelberg und erschüttete ihr Wasser in die weiten Ebene der Altmark; am Montag mittag riß das Hochwasser auch den Damm bei Wehlshof am der Dölbe ein und schloß eine große Zahl von Dörfern und Aedern unter Wasser. Durch die Deichbrüche wurden fünfzig Elbe- und Havelortschaften überflutet. In Havelberg reicht die Flut bis an die Bahnhöhle der Bahnstrecke. Der geborstene Damm läuft bei Havelberg zwischen der Havel und der Elbe ungefähr hundert Meter lang. Infolge des Hochwassers steht das Wasser der Elbe mit dem Niveau des Damms fast in gleicher Höhe. Durch die Strömung und den am Samstag herrschenden heftigen Wind stauten sich gewaltige Eismassen am Damm in der Nähe des Mühlenteichs an. Der Damm, der aus Erdmassen noch unter König Friedrich dem Großen angelegt ist, wurde am Sonntag nach 1 Uhr vom Wasser in einer Breite von drei Metern überlaufen. In wenigen Stunden hatte das Wasser einen tiefen Riß in den Damm gespalten. Morgens gegen 5 Uhr brach der Damm, und ein hundert Meter langer Stütz wurde mit fürchterlichem Getöse von der ungeheuren Last der sich zu hohen Bergen aufstrebenden Eismassen in die Niederung geschleudert. Mit ungeheurer Gewalt, das bis nach Havelberg gehört wurde und die Bewohner aus dem Schlafe schreckte, wälzte sich die tosende Flut mit ungeheuren Eiskücheln in die brandenburgische Ebene und riß alles fort, was sich ihr in den Weg stellte. Beim

Sturmgloden läuteten, die Feuerwehre blies auf ihren Hörnern Alarm an, die im Döfen von Wäldhölzen anfernden Dampfer, die in der Havel im Winterquartier liegen und von den Schifferfamilien besetzt werden, beizten die Kessel und gaben fortgesetzt langgezogene dämpfe Warnungssignale. Frauen und Kinder der Schiffer mußten ihre Fahrzeuge nach in der Nacht verlassen, weil die Gefahr bestand, daß die Schiffe von dem ins Land sich wälzenden Wasser und von den Eismassen zerstückt würden. Die Fahrzeuge wurden vom heftigen Sturm hin und her geschleudert und konnten nur unter großen Anstrengungen doppelt und dreifach verankert werden. Ehrenbetäubend war das dämpfe Geräusch und Brausen des anstürmenden Wassers und das fürchterliche Getöse des verhenden Eises, das sich mit der schaurigen Melodie des Sturmes zu einer Hüllensymphonie vereinigte. Die erste Welle, die sich vom zerrissenen Damm ins Haveland stürzte, war einen Meter hoch. Die Häuser mehrerer Havelbürger stehen bis zum Dach vollständig unter Wasser. — Besonders arg ist das Dorf Federig bedroht, das, da es trotz der vielfachen Eingaben an den Kreis keine feste Chauffee erhalten hat, jetzt vollständig von der Welt abgeschlossen ist. Mit Räthen kann wegen der Eisgefahr nicht gefahren werden. Die Telegraphenleitungen sind zum Teil zerstört. Augenzeugen berichten, daß die Bewohner von Federig sich am Sonntag früh auf die Dächer flüchteten und dort auf Hilfe warteten. Als ein Glück für Havelberg ist es zu betrachten, daß Sonntag nachmittags auch der jenseitige Eisbamm beim Sandauer Holz zwischen Rachel und Berge brach. Dadurch ergossen sich die Wassermassen auch nach der Altmark, die dadurch freilich nicht in einen ungeheuren See verwandelt wurde. Die Fluten schlederten ein zweihundert Meter langer Stütz des Damms weit in die Altmark hinein. Der Schoben ist

hoffnungsvoller in die Zukunft blickt. Die tiefen Wunden, welche die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung in der Zeit von 1875 bis 1906 geschlagen hat, beginnen allmählich zu vernarben. Kraftfräftige intelligente Vertreter landwirtschaftlicher Interessen haben die Führung übernommen, um die Erntegenossenschaften des Jolltarjahres vom 25. Dezember 1902 in Verbindung mit den im Jahre 1906 in Kraft getretenen Handelsverträgen für die Landwirtschaft nutzbar zu machen und, wie General-Landwirtschaftsdirektor Dr. Kapp in seiner bekannten Feilschrift über die Entschuldungsvorlage betont, „für eine bessere Zukunft des wichtigsten Zweiges unseres heimischen Erwerbslebens durch seinen inneren Ausbau im Wege der Selbsthilfe und entsprechender unterstützender Maßnahmen des Staates zielbewußt Sorge zu tragen.“ In der Provinz Schwaben beginnt man bereits, die neueren und künftigen Privathypotheken durch billigen und unklünderen landwirtschaftlichen Kredit zum Zwecke der Entschuldung zu ersetzen. Bald werden auch die übrigen landwirtschaftlichen Kreditinstitute dieser bedeutungsvollen Aufgabe näbertreten.

Mögen die Beratungen der Landwirtschaft und dem ganzen deutschen Vaterlande zum Segen gereichen.

Prof. Lamprecht über die Reichsfinanzreform.

In einer von den nationalen Ausschüssen der Dresdener Reichstagswahlkreise veranstalteten Versammlung sprachen die Professoren Lamprecht-Dresden und Wittke-Dresden über die Reichsfinanzreform. Lamprecht gab in der Hauptsache eine Schilderung der Finanzgeschichte des alten Deutschen Reiches, die er dann zu einem Vergleich mit der Entwicklung der jetzigen Lage heranzog:

Schon die alten Germanen entrichteten die Kopfsteuer gern und ohne zu zaudern, aber Steuern auf ihren Besitz waren ihnen höchst unwillkommen. Die Abneigung der Deutschen gegen die Besteuerung des Besitzes ist also eine von alters her ererbte. A. Weidmanns erscheint diese Abneigung begreiflich, wenn man erfährt, daß im 7. und 8. Jahrhundert zur Merowingerzeit die Kopfsteuer nicht weniger als ein Siebentel des Ertrags von Grund und Boden betragen hat. Auch später, als die Geldwirtschaft an Stelle der Naturalwirtschaft getreten war, erschienen Territorien, Adel und Städte stets einig in dem Rufe: Nur nicht zahlen! Heute gilt das gleiche für die Parteien, welche im neuen Reiche etwa die Stelle der alten Stände einnehmen. Sie sind nur groß im Abrechnen, und hiergegen, so meinte der Redner, mache sich ein Mann mehr P. roteiz nötig!

Sehr instruktiv war Johann das Zahlenmaterial, das der zweite Redner, der Nationalökonom Professor Wittke gab. 1875 betragen die Einnahmen des Reiches 707 Mill. M., 1880—81 676 Mill. M., 1885 800 Mill. M., 1887—88 1141 Mill. M., 1895—96 1530 Mill. M., 1901—02 2000 Mill. M., 1907—08 2780 Mill. M. Das bedeutet innerhalb eines Menschenalters eine Zunahme von mehr als 3 Milliarden Gewiss ein Zeichen des gewachsenen Wohlstandes. Aber das Bild hat eine Schattenseite: 1875 betragen die Reichsschulden erst 768 Mill. M., 1878 923 Mill. M., 1880—81 696 Mill. M., 1885 586 Mill. M., 1887—88 1068 Mill. M., 1894 2000 Mill. M., 1902 3000 Mill. M., 1907 3928 Mill. M., jetzt 4,5 Milliarden. Also seit 1884 eine Steigerung von rund 4 Milliarden! Doch nicht die Summe an sich erscheint bedenklich, sondern die rapide Steigerung in so kurzer Zeit. Und dabei sind nur 14 v. H. der Reichsschuld für werdende Zwecke angelegt, die übrigen 86 v. H. müssen rein verzinst werden. Das Reich hat also von einer unverantwortlichen Anleihepolitik gelebt. Wenn man auf Frankreich blickt, so ergibt sich folgendes. Vor 1870 betragen dort die Einnahmen 2 Milliarden, 1873 2,7 Milliarden, 1880 3,5 Milliarden (seitdem fast Stillstand), 1890 2,9 Milliarden, 1900 3,8 Milliarden, 1908 3,9 Milliarden. In Frankreich haben wir also seit 1880 nur eine Zunahme von 400 Millionen! Die Schuldenlast betrug dort vor 1870 13 Milliarden, 1891 31 Milliarden, 1908 30,1 Milliarden. Also in diesem parlamentarisch regierten Lande haben wir zwar eine höhere Belastung, aber keine Steigerung seit 1891!

Hof und Reichstagspräsidium.

Man schreibt uns aus Berlin:

Der Hoffische Draht hat am Samstag verbreitet: die Anfrage des Reichstagspräsidenten Grafen Stolberg zum Kaiser sei erst in zwölfter Stunde erfolgt, so daß eine Ladung seines Stellvertreters nicht mehr möglich gewesen sei. Wir müssen leider bekennen, daß trotz dieser inspirierenden Wichtigstellung der Fall für uns reich an Selbstaufheben bleibt. Wie festkam schon, daß Graf Stolberg-Bernigerode erst im letzten Augenblick seine Anfrage an das Hofmarschallamt ergeben läßt, nämlich bereits lange vorher feststand, daß er mit Rücksicht auf die Krankheitsfälle in seiner Familie den Reichstagspräsidenten nicht selbst stellen, aber auf jeden Fall sehr beträchtlich. Das fruchtbar Land wird auf lange Zeit vollständig verlandet sein. Montag mittig ist das Hochwasser auch den Damm bei Weßhofen an der Mosse ein, und die angesammelten Wassermassen ergossen sich brausend in die Mark. Ein Schleusenwärter erkrankt in den Fluten. Viele Bewohner haben nur das nackte Leben retten können. Montag mittig wurden die Bioniere drahtlich nach der Altmark abgerufen, weil dort die Rot sehr groß ist und viele Menschen in Lebensgefahr sind. Die Bioniere führen in einem Sonderzug nach Stendal, und von dort gingen sie ins Norddeutsche Gebiet.

Buntes Feuilleton.

— **Tafel erster „Hofball“.** Aus Remont wird berichtet: Das Komitee, das das Arrangement des großen Balls, der am 4. März, dem Antrittstafel, in die Präsidentschaft einleiten soll, übernommen hat, arbeitet mit feierlichem Eifer, um das Fest zu einer Nationalfeier auszugestalten. Hr. Clair, der Vorsitzende des Komitees, ein persönlicher Freund Tafels, hat Tag und Nacht keine Ruhe, und in den Salons von Washington spricht man fast nur noch von den Plänen und Entwürfen des tüchtigen Festarrangements. Die Kongressmitglieder, die seinerzeit bei dem Antrittstafel des Hofes eine Hauptrolle spielen, werden bei Tafels Antrittstafel nicht vertreten sein. An ihrer Stelle wird eine große Kavalkade von vintagischen und marionettischen Herren dem Wagen des neuen Präsidenten folgen, wobei alle Reiter die traditionelle Braut, weiße Röcke und in Jagdbeinkleider, zur Schau stellen. Einen Hauptteil des Festprogramms bildet die große Parade der „Dolken des Reichstages“. Das sind ausschließlich Kaufleute und die Vertreter hochwichtigen Organisationen, die hier stolz und selbstbewußt in langem Zuge an dem neuen Präsidenten vorbeiziehen, von dem sie natürlich eine Area ausgezeichneter Geschenke erwarten und verlangen. Inzwischen läßt die zahlreich

würde fern bleiben müssen. Wie festkam auch die differenzierte Behandlung, die man dem Reichstags- und dem Reichstagspräsidenten angedeihen zu lassen beliebt. Bei der Galatafel sind die Präsidenten der preussischen Häuser zugegen und werden, wie sich das gehört, auch vorgestellt. Zum Hofball — das ist richtig — ist dann auch das ganze Reichstagspräsidium geladen. Aber die beiden Herren bleiben Mauerblümchen. Kein Mensch kümmert sich um sie; niemand empfindet die Verpflichtung, die Herren, die schließlich doch die offizielle Vertretung des deutschen Volkes repräsentieren, dem englischen Gaste vorzustellen. Ob ähnliches wohl in irgend einem anderen konstitutionellen Lande, in Desterreich, Italien, von England gar nicht zu reden, möglich wäre?

Ein Ablassgebet gegen die liberalen Journalisten.

Der römische Mitarbeiter der „Tägl. Rundschau“ schreibt: Die liberalen Journalisten und Schriftsteller werden in Zukunft einen schweren Stand haben. Am 10. Dezember vergangenen Jahres hat Pius X., wie jetzt bekannt wird, einen Ablass von 300 Tagen gegen sie gewährt und ein eigenes Gebet gegen sie gutgeheißen. Dagegen ist an den heiligen Paulus gerichtet und beginnt mit den Worten: „O glorreicher Apostel, der du mit so großem Eifer dich bemüht hast in Ephesus diejenigen Schriften zu zerstören, die das Herz der Gläubigen vergiftet hätten.“ Später wird darin Pauli Hilfe gegen die ungläubige und zügellose Presse angefleht und der Heilige gebeten, allen Gläubigen die Gnade zu erlesen, damit sie nur noch von der geistlichen Autorität approbierte Lektüre genießen. Wenn das nicht hilft, kommt die ultramontane Presse niemals auf einen grünen Zweig.

Deutsches Reich.

— **Gouverneur v. Schudmann.** Im Gegensatz zu einer anderen Meldung erklärt die „Kolonialpolitische und Handelskorrespondenz“ daß der Gouverneur von Südwestafrika, Herr von Schudmann, nicht abgereist ist, sondern noch in Berlin weilt und sehr eifrig an den Beratungen des Etats in der Kommission teilnimmt. Gouverneur von Schudmann wird voraussichtlich erst am 10. März die Ausreise in sein Schutzgebiet antreten. Damit sind auch alle Mutmaßungen hinsichtlich der Abreise geklärt worden.

— **Bezirksamtmann Regierungsrat Scauff.** Nach einer telegraphischen Meldung ist der Bezirksamtmann der Westfälischen Regierungsrat Scauff auf der Seereise in Ostasien am Regentenshof gefordert. Regierungsrat Scauff hat ein Alter von 45 Jahren erreicht und gehört zu unseren ältesten und verdienstvollsten Südsüdeuten. Er ist fast zwei Jahrzehnte in verschiedenen Stellungen in der Südsüde tätig gewesen. Schon im Mai 1891 trat er in den Dienst der „Neu-Guinea-Kompagnie“, im Mai 1895 in den amtlichen Kolonialdienst. Während seines letzten Urlaubes hat der Verstorbenen mehrere Monate lang im Reichskolonialamt das Südsüde-Referat geleitet. Regierungsrat Scauff, der sich persönlich bei seinen Vorgesetzten und Kollegen der größten Beliebtheit erfreute, hat sich bedeutende Verdienste um die Entwicklung seines Verwaltungsbereiches, aber auch um wissenschaftlichem Gebiete durch ethnographische Studien erworben.

37. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats.

in Berlin, 16. Februar.

Im Plenarversammlungslokal des Ständeburgischen Provinziallandeshauses trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Grafen von Schwerin-Wömling der Deutsche Landwirtschaftsrat zu seiner 37. Hauptversammlung zusammen.

Der Vorsitzende Graf v. Schwerin-Wömling eröffnete die Verhandlungen mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser, die deutschen Fürsten und die freien Städte. Nach einem Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der vorjährigen Plenarversammlung trat die Versammlung in eine Erörterung des Entwurfs eines Weingesetzes ein.

Der Referent Konrad v. Groot-Rheinbach empfahl hierzu die Annahme folgender Resolution: „Der deutsche Landwirtschaftsrat empfiehlt den höchsten Erlaß eines Weingesetzes, in der von der Kommission des Reichstags beschlossenen Fassung. Er bekräftigt ferner die Annahme der von der Kommission vorgeschlagenen Resolution: Der Reichstag wolle beschließen, die Verbündeten Regierungen zu ersuchen: 1. bei Aufstellung anderer Grundzüge für den Vollzug des neuen Weingesetzes zur besseren Kontrolle bestimmte Einfuhrkontrollen für Weine, Trau-

napellen bereits Grundungsmärkte und Willkommenshymnen, so daß fast bei seinem Einzug in Washington über Mangel an Aufmerksamkeiten sich kaum wird beklagen können.

— **Hilmi Pascha.** Ein interessantes Charakterbild des neuen türkischen Großwesirs entwirft H. R. Brailford in einem englischen Blatte. Hilmi Pascha hat sich seinen Ruf als ein ausgezeichneter Beamter und Diplomat in einer langen unter schwierigen Verhältnissen glücklich zurückgelegten Laufbahn erworben. Niemand, der ihm begegnet ist, kann an seiner Geschicklichkeit zweifeln. Er hat eine liebenswürdige Form des Umgangs, die sofort auch den schärfsten Kritiker entwarf. Sein Fleiß war jähelhaft, und man konnte zu jeder Stunde des Tages oder der Nacht damit rechnen, ihn mitten in der Arbeit zu finden. Telegramme an seine Unterbeamten unterzeichnend oder Berichte für Hilmi redigierend. So stand er unter all seinen Kollegen und Untergebenen voran durch seinen außerordentlichen Fleiß durch seine kluge Gewandtheit, und seine Weltkenntnis. Man begegnet selten einem türkischen Beamten, der sich die Mühe genommen hat, die Sprachen der Völker, über die er gebietet zu erlernen. Hilmi Pascha sprach griechisch und arabisch. Noch ungewöhnlicher war es, einen Mann anzutreffen, der etwas von europäischer Literatur gelesen hat, auch außer den Pariser Romanen, die die Zensur zu lesen erlaubte, während sie alle erst- und zweitklassigen Bücher ausfloh. Ich erinnere mich noch genau eines Abends, als er in meiner Gegenwart mit einer Anzahl hingererter Beamten und Sekretäre plauderte. Das Gespräch drehte sich um die Schwierigkeiten, die sich den Türken seiner Generation entgegenstellten, um sich eine europäische Bildung zu erwerben. Er war niemals im Ausland gewesen, aber er sprach ein sehr reines und gewähltes Französisch. „Ich habe es gelernt“, meinte er, „am Hofe und Gesichte zu studieren.“ Des weiteren gab er eine sehr scharfsinnige und genaue Kritik der Verdienste und Fehler von Budles „Geschichte der Zivilisation“; er erklärte, er wolle einen Preis von 2000 M. für den ausfinden, der dies Wert

den und Traubenläste zu benennen und die Vorlage amtlicher Bescheinigungen über Herkunft und Reinheit der Weine zu verlangen; 2. a) bei neu abzuschließenden Handelsverträgen sowie bei Ablauf der jetzt bestehenden Handelsverträge die Vergünstigungen für ausländische Rotweine zum Zweck des Verfalls nicht mehr zu gewähren; b) baldmöglichst den Entwurf eines Reichsgesetzes vorzulegen, welches den Vertrieb von Weinen mit Rotweinen zum Zweck der Herstellung von Rotwein und den Vertrieb dieses Weines verbietet.“

In seinen Ausführungen stellte der Redner die bekannten Forderungen der weinbaureisenden Kreise auf, die Reichsrat Exz. v. Buhl in der Diskussion noch näher erörterte. Darauf wurde vorstehende Resolution einstimmig angenommen.

Zum nächsten Punkte der Tagesordnung: „Mißstände im Düngemittelhandel“ Kalksalz, Salpeter, Superphosphat referiert der Geh. Hofrat Prof. Dr. v. Soyke-Rönschen. Er stellt folgenden Antrag: Der Deutsche Landwirtschaftsrat erachtet die Befreiung der im Bericht besprochenen Mißstände im Handel mit Düngemitteln für geboten und erachtet die landwirtschaftlichen Vertretungen im Sinne der dort gegebenen Anregungen zu wirken und sich insbesondere auch die Mitwirkung der Genossenschaften und Einkaufsvereinigungen zu sichern, mit denen sie in Beziehung stehen.

Die Leitsätze, die der Referent zur Annahme empfiehlt, sind folgende: „Im Deutschen Reiche werden jährlich für 300 Millionen Mark künstliche Düngemittel verbraucht. Der Einkauf und die Verwendung geringwertiger oder preiswürdiger Düngemittel schädigt nicht nur unmittelbar den Landwirt, sondern wirkt auch durch den Ernteausschlag allen Völkern entgegen, die auf die Dofung des Nahrungsbedarfs der Bevölkerung durch die Erzeugnisse der heimischen Landwirtschaft abzielen. Die Wirksamkeit der künstlichen Düngemittel hängt von ihrem Gehalt an Pflanzennährstoffen ab, der sich auf andere Weise als durch die chemische Untersuchung nicht feststellen läßt. Von der dazu gebotenen Gelegenheit wird nur auf ganz unzulängliche Weise Gebrauch gemacht, da kaum mehr als ein Fünftel der angekauften Düngemittel an den landwirtschaftlichen Verkaufsstellen unter sucht werden. Die Landwirte müssen in Wort und Schrift foforgeht daran erinnert werden, daß eine zweckmäßige und lohnende Anwendung der künstlichen Düngemittel nur möglich ist, wenn sie sich von dem Gehalte dieser an wirksamen Stoffen zuverlässige Kenntnis verschaffen. Die Landwirte sind über die Preiswürdigkeit vieler, wegen ihrer scheinbaren Billigkeit gerade besonders beliebter Düngemittel aufzuklären u. vor dem Ankauf geringwertiger Mißbilliger, namentlich der durch herumschweifende Agenten angepriesenen, eindringlich zu warnen. Geringwertige, nur scheinbar billige, in Wirklichkeit unverhältnismäßig teure Sorten (Superphosphat S. P. 10 und dergl.) sollen Genossenschaften weber anbieten noch liefern. Die Genossenschaften haben es im besten in der Hand, auch den kleineren Landwirten dazu anzuregen und darin zu helfen, daß er nur Düngemittel mit höchstem Gehalt an wirksamen Stoffen kauft. Obwohl der norwegische Kalksalpeter auf dem Düngemarkt vorläufig nur noch eine ganz untergeordnete Rolle spielt, so ist doch, um den Anfängen vorzubeugen, von dessen Ankauf solange abzuraten, bis er unter Verkaufsbedingungen angeboten wird, die im deutschen Düngemittelhandel üblich sind für die Landwirtschaft annehmbar sind. Die jetzt geltenden Verkaufsbedingungen entsprechen auch den besten in den Verbündeten Regierungen der Landwirtschaft nicht. Nach den Berichten der landwirtschaftlichen Vertretungen und des Ausschusses für Handelsangelegenheiten bestehen schwere Mißstände im Handel mit Kalksalzen. Sie sind vornehmlich in der unzuverlässigen Probenahme an den Werken beim Abgang der Lieferung und an der Ungültigkeit der Probenahme durch den Käufer begründet, dann aber auch darin, daß schon unter dem Namen Kalksalz regelmäßig ein ungenügend inniges Gemisch verschiedener Rohstoffe oder Erzeugnisse geliefert wird. Eine durchgängig richtige Probenahme am Werk bei jeder einzelnen Lieferung hat sich als unumkehrbar erwiesen und die Bestimmung darüber muß bekräftigt werden. Sie ist in einem Vertrage festzulegen, der von dem Kalksalzfabrikanten und den landwirtschaftlichen Einkaufsvereinigungen mit Geltung des 31. Dezember 1900 abgeschlossen wurde. Es ist anzustreben, daß der Vertrag, da er sich andernfalls um ein weiteres Jahr verlängert, nach seinem Artikel 11 bis Schluß September d. J. gekündigt, und daß beim Abschluß eines neuen Vertrages den begründeten Forderungen der Landwirte Rechnung getragen werde, die in den letzten drei Jahren durchgeführte verschärfte Ueberwachung der Kalksalzlieferungen ist fortzusetzen. Dieser Antrag gelangte mit großer Mehrheit zur Annahme.

Der letzte Punkt der heutigen Tagesordnung betraf den **Gesetzentwurf über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen.**

Hierzu gelangte folgender Antrag des Referenten Oberlandesgerichtsrat Schneider-Stettin zur Annahme: Der Deutsche Landwirtschaftsrat beschließt: 1) Es ist mindestens zu fordern, daß die den nicht auf eine bestimmte Geschwindigkeit beschränkten Kraftfahrzeugen (§ 2 Nr. 2) die Gefahr der zufälligen Schaben-

ins Türkische übersehe. Die charakteristische Eigenart dieses Mannes entfaltete sich in diesem Gespräch. Er muß in seiner Jugend, als er einwand in die europäische Geschichte und Bildung durch Temperament und Sympathie ein Liberaler gewesen sein. Aber die Reaktion setzte sich durch, als er seine Beamtenlaufbahn antrat. So mußte er seine Prinzipien in sich begraben und jene diplomatische Geschicklichkeit einflößen, die einem ehrgeizigen Manne Erfolg bringt. Er stieg empor und er diente seinem Lande, so gut es die Verhältnisse erlaubten. Niemand hätte sich in dieser Welt der Standale auch nur eine geflüsterte Anschuldigung von Unehrlichkeit oder Korruption, die sich gegen ihn gerichtet hätte. Hatte er auch Gewalt und Uebergriffe gebildet, so hatte er doch selbst niemals Uebergriffe angeordnet oder befohlen. Nichts Heroisches liegt in seinem Charakter. Niemand wird er aufsteigen gegen einen bösen Einfluß, der zu stark für ihn ist. Er ist ein typischer Bureokrat, ein glänzender Beamter, ein geschickter Diplomat, ein klauer Parlamentarier; aber ein großer Kenner und Weiser der politischen Geschichte wird er wohl niemals werden.“

— **Ein Cyper der „Elektra“** scheint der Kapitän eines bekannten Berliner Mattes geworden zu sein. Denn er schreibt u. a.: „Ich kam etwa sechs Uhr (es ist immer so dumm, auf 1 1/2 Stunden sich für Lebensfragen im Atak zu konzentrieren), aber ich bin die Remonität durch die „Elektra“ losgeworden. Sie ist angekracht mit Säuren und Salzen. Die Nahrungsmittel-Säuren lateinisch, das war schön. Die Dreck-Säuren lateinisch, das war noch schöner. Die Dreck-Säure in feinstofflicher Weise, das ist so genial, wie eine die Nahrungsmittel-Säure aber nicht die zitternden Elektra-Höhenzüge, aber verflucht richtig schön. Es geht durch. Der Schluß trakt alles aus.“ — In dieser Stelle scheint beim Verfasser der Versuch ausgeführt zu sein!

— Die Chinesen-Gesellschaften des Kreuzenberges. Die aus Rom gemeldet wird, ist der Herzog der Kruggen mit seinem Abgeladnen, dem Schiffskapitän Agrotis, dort eingetroffen, um sich vor seiner Abreise nach Wien von dem Königsplatz und dem

Riftung von dem Vortr des Kraftfahrzeuges getragen und das dabei auch der Ertrag des Schadens nicht wie nach § 8 begrenzt wird. Es ist, wie früher schon vom Deutschen Landwirtschaftsrate, die Wirkung einer Zwangsversicherung (unter Einbeziehung ausländischer Fahrer durch Sicherheitsinterlegung bei Erteilung der Fahrerlaubnis, - § 14 ff.) als dringend wünschenswert zu erachten und zwar mindestens für die unter 1 bezeichneten Kraftfahrzeuge.

Darauf wurden die weiteren Verhandlungen auf morgen früh vertagt.

Ein Sensationsprozess der Marine.

(Von unserem Korrespondenten.)

Zweiter Tag.

18. Berlin, 16. Februar.

In der Jüngstvernehmung, mit der die heutige Sitzung begann, beauftragte der frühere Abteilungsleiter im Reichsamt Kapitän zur See v. Krojig, das ihm der Freund Berger, Kapitän Schirmer, einmal in einem Briefe mitgeteilt habe, das Admiral Schmidt Berger ungerade und zu streng behandle. - Staatsanwalt Tolki: Hat Admiral v. Müller für Berger großes Wohlwollen gehabt? - v. Krojig: Jawohl, er hatte große Sympathien für ihn. - Vert. R.-A. Dr. Böhmstein richtet darauf an den Zeugen eine Frage über das

Renommé des Admirals Schmidt,

ob er als sachlich und nachtragend bekannt sei, und ob sich diese Charaktereigenschaften seinen Untergebenen gegenüber geltend gemacht haben. - Staatsanwalt Tolki erhebt Protest gegen diese Frage, da ihre Beantwortung auf ein Urteil des Zeugen hinauslaufen würde. - Admiral Schmidt hat gegen die Frage nichts einzuwenden. - Staatsanwalt Tolki erklärt trotzdem die Frage für bedenklich in amtlicher Beziehung. - Kapitän v. Krojig beantwortet schließlich die Frage dahin, das fraglos Gerüchte der bezeichneten Art über Admiral Schmidt in der Marine umgelaufen seien.

Es entspannt sich nunmehr eine lange Auseinandersetzung zwischen der Verteidigung und dem Zeugen über die Frage, ob das Marinekabinett verpflichtet, bzw. berechtigt gewesen sei, den Kaiser über die im Kabinett bekannten Differenzen zwischen Berger und Schmidt bzw. deren Gründe Mitteilung zu machen. Diese Feststellung ist von Wichtigkeit deshalb, weil Berger behauptet, die ablehnende Antwort der Flotte auf seine an den Kaiser gerichtete Immediatengabe sei vom Kabinett offiziellwidrig ohne die Schilderung des tatsächlichen Sachverhaltes übergeben worden. - v. Krojig erklärt: Die Beschwerde sei sehr allgemein gehalten gewesen. Es habe sich ein Verdict der Flotte über die Beschwerde als notwendig herausgestellt. Eine Frage des Kapitäns Berger über Gerüchte von dem sachlichen und nachtragenden Charakter des Nebenklägers Schmidt kann der Zeuge nicht mir Ja oder Nein beantworten, jedenfalls könne er nicht behaupten, das die vox populi in diesem Sinne sprach. - Kapitän Berger hält darauf dem Zeugen vor, das dieser ihm gegenüber früher gesagt habe: Wir alle wissen ja, das Schmidt in der ganzen Marine als nachtragender und gebissiger Charakter bekannt ist. Leider kannst Du Deine Qualifikationspapiere nicht sehen. - Kapitän v. Krojig kann sich dieses Gesprächs im Detail nicht mehr entsinnen und erklärt: Berger befand sich zu jener Zeit in einer recht großen seelischen Erregung und ich hatte das Bestreben, ihn zu beruhigen. - Justizrat Dr. Sello (zum Zeugen): Entfanden Sie sich, das in dem Bericht des Admirals Schmidt über Kapitän Berger eine Verdächtigung von dessen Charakter enthalten war? - Zeuge v. Krojig: Nein. - Erster Staatsanwalt Dr. Hagemann (zum Angeklagten Berger): Haben Sie bei Antritt Ihres Kommandos auf S. M. S. "Geier" einmal gesagt: Ich werde mit aller Brutalität vorgehen, mein Weg in der Marine ist mit Leiden besetzt? - Kapitän Berger: Ja, gebe zu, in meiner damaligen großen Erregung und Nervosität eine derartige Aeußerung getan zu haben. - Staatsanwalt Dr. Hagemann: Haben Sie über von Ihnen verhängte Arreststrafen nicht einen objektiven unrichtigen Bericht erstattet? - Kapitän Berger: Ich möchte feststellen, das alle diese Sachen von einem untersuchenden und erkennenden Gericht geprüft und untersucht und als unbegründet abgewiesen worden sind. Als einziger Fall blieb nur der Fall Eichler bestehen, dem die Sache vorgezogen werden sollte. - Staatsanwalt Dr. Hagemann: Ich spreche ja auch nicht von kriminell strafbaren Handlungen. Aber zwischen absoluter Korrektheit und krimineller Strafbarkeit liegt doch eine breite Straße von disziplinären Ungehörigkeiten hin. Im weiteren Verlaufe der Verhandlung ereignet sich ein

Zwischenfall.

Staatsanwalt Tolki erklärt: Der im Zuschauerraum befindliche Herr Wölde befinde wiederholt durch Kopfnicken Beifalläußerungen bei Ausführungen des Angeklagten. Das entspricht nicht der Würde des Gerichts und ich bitte, den Herrn darauf hinzuweisen, das er das zu unterlassen hat. - R.-A. Dr. Böhmstein: Wenn jemand mit dem Kopfe nickt, so stört das die Verhandlung nicht. Man muß schon sehr gute Augen haben, um so etwas zu sehen. - Der Vorsitzende bittet, alle Beifalls- und Mißbilligungsäußerungen zu unterlassen. - Darauf erfolgt die Verlesung umfangreicher Aktenstücke mit Auszügen vor dem

der Königin-Mutter Margherita zu verabschieden. Der König soll seinen Vetter überaus herzlich begrüßt haben; damit sollen alle Gerüchte den Lustmangelnden, die wegen der Illins-Riftre entstanden sein sollten, in sich selbst zusammen. - Die günstigste Zeit für den Beginn der Himalajaexpedition ist der März, obwohl um diese Zeit auf dem Himalaja noch strenge Winterläse herrscht. Man muß aber vor allem die im September beginnende Regenzeit zu vermeiden suchen, und der Herzog soll auch die Absicht haben, die Expedition in sechs Monaten zu Ende zu führen. Sein Vetter ist Marquis Negrotto, der sich als Alpinist einen Namen gemacht hat. Was Vallen werden im ganzen etwa zehn Personen als Teilnehmer an der Himalajaexpedition nach Asien mitreisen, unter ihnen die bewährten Führer, die mit dem Herzog auf dem Himalajagort waren; in Indien soll dann das Expeditionspersonal durch Eingeborene ergänzt werden. Die Absicht des Herzogs wird von Brindisi aus auf einem englischen Dampfer erfolgen. Die Expedition soll durch das ganze Tal des Ganges gehen. Am Hochtal des Ganges beginnt dann die Hochebene, die, auf einer Strecke von etwa 300 Meilen ständig ansteigend, zu den höchsten Gipfeln des Himalaja führt. Der Herzog will die Besteigung der höchsten Bergspitze, des 8840 Meter hohen Mount-Everest, versuchen. Dieser Gipfel ist noch von keinem Menschen Fuß betreten worden; man hat wohl schon früher Versuche gemacht, zu ihm zu gelangen, aber diese Versuche sind sämtlich mißlungen. Durch das Tal des Ganges wird die Expedition in Etappen ziehen, um sich an das Klima langsam zu gewöhnen. Zu der Expedition, die aus wissenschaftliche Zwecke verfolgt, gehören ein Arzt und ein Naturforscher.

Ehrengericht u. a. m. Die meisten der seinerzeit vernommenen Offiziere haben ausgesagt, das nach ihrer Ansicht bei der Beschuldigung Bergers auf S. M. S. "Amazone" durch Admiral Schmidt dieser allerdings einmal einen auffallenden starken Tadel geäußert habe, der sich aber nicht gegen Berger, sondern gegen den Maschineningenieur richtete habe. Die Offiziere haben ferner nicht den Eindruck gewonnen, das an Berger bei dieser kritischen Beschuldigung besonders hohe Anforderungen gestellt oder von dem Inspektierenden Eingriffe gemacht worden seien. Sie geeignet waren, Berger zu verlegen. Schmidt habe die guten Leistungen durchaus anerkannt. Von Voreingenommenheit des Vorgesetzten gegen Berger haben sie nichts bemerkt. Nur Kapitän Schirmer machte entgegenge setzte Befundungen und sprach von einer Voreingenommenheit Schmidts gegen Berger, die er sich erklärte aus dem Mute, der Berger über seine Kommandantentzeit auf S. M. S. "Geier" voranging. In dem Urteil des Ehrenrats, durch das Berger mit schlichtem Abschied entlassen und des Rechtes zum Tragen der Uniform verlustig erklärt worden ist, wird Berger Unlauterkeit des Charakters und des Handelns, Selbstüberhebung und ungesunder Ehrgeiz vorgeworfen, sowie, das er absichtlich und bewußt rein dienstliche Angelegenheiten zu persönlichen umgekehrt habe, nicht zum Schutze seiner gekränkten Ehre, sondern in der Absicht, seine Verabschiedung zu verhindern. - Kapitän Berger bemerkt zu diesen für ihn ungünstigen Aussagen, das alle Offiziere mit alleiniger Ausnahme Schirmers umgefallen seien bei ihrer Vernehmung.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 17. Februar 1909.

Der städtische Voranschlag für 1909.

Einen Monat früher als im vorigen Jahre sind wir in der Lage, über den städtischen Voranschlag für 1909, der gegenwärtig auf der Stadtkasse zur Einsichtnahme aufliegt, die wissenschaftlichen Details zu veröffentlichen. Dem Zahlensammelwerk der übliche

Vorbericht

veranschlagt, der folgenden Wortlaut hat: „Seit einigen Jahren haben die Rechnungsbücher der Stadtkasse verhältnismäßig geringfügige Ueberschüsse ergeben. Die geringste Erübrigung wurde im abgelaufenen Jahre 1908 erzielt mit einem Betrag von nur 65 700 M., der außer dem B. Betriebsfonds von 300 000 M. als Wirtschaftsfonds vorhanden ist. Man hat die erhöhten 65 700 M. zur Deckung der Ausgaben des Jahres 1909 herangezogen und unter § 1 des Stadtkassen-Voranschlags in Einnahme gestellt. Die unbedeutenden Ueberschüsse sind eine Folge der inappen Aufstellung der Voranschläge, in denen die Einnahmeposten so hoch als möglich angesetzt, die Ausgaben auf das äußerste zulässige Maß beschränkt wurden. Eine weitere unermittelte Wirkung dieser Art der Voranschlagsbehandlung ist der Rückgang der Ueberschüsse der städtischen wirtschaftlichen Betriebe. Während in früheren Jahren Gas- und Wasserwerk und die übrigen Werke über den Voranschlag hinaus erhebliche Mehrerträge erzielt, gingen diese in den letzten Jahren ständig zurück und verminderten sich zum Teil in beträchtlicher Mement. Das Jahr 1908 hat in dieser Beziehung ungünstig abgeschlossen. Dazu kommt die unaufrührsame Steigerung der Ausgaben - es sei hier nur auf die starke Zunahme der Aufwendungen für die Schulen, die Armenversorgung und die Krankenhäuser hingewiesen - sowie der Stillstand in der Entwidlung mancher Einnahmen, so das im laufenden Jahre die Erhöhung des Umlagefußes unvermeidlich ist. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige wenig günstige wirtschaftliche Lage hat man sich dabei auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt und zu diesem Zweck sowohl die Ausgaben soweit irgend tunlich herabgemindert, als auch bei den Einnahmen alle Möglichkeiten in Anspruch genommen. Der Umlagefuß hätte übrigens um weitere 2 Pfg. auf 34 Pfg. gesteigert werden müssen, wenn nicht durch die wesentliche Zunahme der Steuerkapitalien sich ein Umlagemehrertrag von 363 964 M. ergeben hätte.“

Nach der Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben betragen die gesamten Einnahmen 15 477 508 M., die Ausgaben 22 004 565 M. Es bleiben darnach durch Auflagen zu decken 6 527 057 M. (plus 745 408 M.) Wir werden in der nächsten Nummer eine genaue Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1909 veröffentlichen und begnügen uns für heute damit, einige Hauptposten herauszugreifen. - Es sind aufzuweisen zur Unterhaltung der Brunnen, Straßen und Plätze 1 149 148 M. (plus 63 419 M.), für Straßenbeleuchtung 768 798 M. (plus 1564 M.), für Kanäle 200 000 M. (minus 10 761 M.), für Volksschule und Bürgerschule 3 080 408 M. (plus 157 081 M.), für die Mittelschulen 472 863 M. (plus 13 270 M.), für die Schulmannschaft 248 160 M. (minus 672 M.), für Badeanstalten 126 137 M. (plus 12 590 M.), für Armen- und Krankenpflege 1 141 054 M. (plus 203 526 M.), für soziale Fürsorge 166 195 M. (plus 15 766 M.), für freiwillige und Berufsfeuerwehr 128 650 M. (plus 11 583 M.), für die Gewerbebesteuer 154 530 M. (plus 14 144 M.), für die Handelsschule 55 000 M. (plus 12 235 M.), für künstlerische und wissenschaftliche Einrichtungen und Vereine 160 898 M. (plus 2023 M.), für Kreisumlage 308 502 M. (plus 18 427 M.), für Gemeindeverwaltungsgebäude 279 161 M. (plus 187 070 M.), für Gemeindeverwaltungsbeamte und sonstige Verwaltungsaufwand 466 596 M. (minus 71 001 M.), für Zinsen (ausschließlich der gemeinlichen Betriebe) 2 815 344 M. (plus 67 833 M.), für Schulden tilgung 870 542 M. (plus 42 330 M.), für Umlagenbeiträge und -Abgänge 456 000 M. (plus 11 790 M.). Die Einnahmen an Verbrauchssteuern auf Bier und Malz sind auf 294 000 M., auf Wein auf 52 000 M. veranschlagt, die Warensteuer auf 23 000 M., die Abgänge und Rücklagen an den Einnahmen auf 50 000 M., die Ueberschüsse der städtischen Sparkasse auf 180 000 M. Die Reineinnahmen bei den städt. Betrieben sind folgendermaßen veranschlagt: Wasserwerk 5 176 613 (minus 7235 M.), Gaswerk 691 764 M. (minus 18 333 M.), Elektrizitätswerk 535 168 M. (plus 47 163 M.), Fuhrverwaltung 34 265 M. (minus 20 627 M.), Schlacht- und Viehhof 227 908 M. (minus 6 784 M.), Straßenbahnen 180 833 M. (plus 19 228 M.). Dazu kommen noch die Ablieferungen der gemeinlichen Betriebe aus dem Ringelminn von früheren Jahren mit 381 638 M. (plus 128 847 M.).

Nach dem Rechnungsbuch der Stadtkasse betragen im Jahre 1908 die Mehreinnahmen 266 500 M., die Mehrausgaben 300 800 M., der Gesamtüberschuss somit 65 700 M. An den Mehreinnahmen partizipieren mit größeren Beträgen die Zinsen mit 54 800 M., das Reinertrags der Grundbuchversteigerung mit 10 500 M., die Kanalgebühren mit 11 700 M., die Umlagenbeiträge mit 141 500 M., der Beitrag der Nebenoffen zum Zentralverwaltungs-aufwand mit 46 000 M. und sonstige Einnahmen mit 22 000 M.

Bei den Ausgaben sind folgende größere Mehrausgaben erwägenswert: Mittelschulen 15 200 M., Armenpflege M. 82 000, Krankenhaus 72 700 M., Versicherungsprämien, 7 Proz. Zulagen an Arbeiter und Beamte usw. 11 700 M., Sachlicher Verwaltungsaufwand 11 400 M., Umlagerungsvergütungen 145 700, Sonstige Umlagerungen und Verluste 16 900 M., Uebernahme der Ausgabereife 16 200 M., Uebernahme der Ausgabereife, als vorgesehen war, wurden bei den Postionen Wege, Straßen, Plätze, Straßenkanäle 16 900 M., Volksschule und Bürgerschule 34 400 M., Schulmannschaft 24 400, Badeanstalten 9200 M., Soziale Fürsorge (Notstandsarbeiten) 23 800 M., Handelshochschule und Handelsfortbildungsschule 11 800 M., Schulzinsen 11 000 M.

Kassenverrat und Betriebsfonds.

Der Kassenverrat der Stadtkasse betrug am Schlusse des Jahres 1908 365 704 M., welcher den gesamten Wirtschaftsfonds bildet. Da 300 000 M. als Betriebsfonds vorbehalten bleiben, beträgt der verfügbare Rest 65 704 M. Dieser Betrag rührt aus dem Jahre 1908 her. Am Ende des Vorjahres hat der verfügbare Ueberschuss 118 898 M. betragen, jedoch die Uebernahme im Jahre 1908: 53 134 M. beträgt. Gegenüber dem Vorjahre haben die Einnahmestellen um 119 362 M. abgenommen, die Ausgabereife um 16 166 M. Die Reserven haben daher im ganzen um 166 330 M. abgenommen.

Rückstände.

Die Einnahmestellen sind betragen 166 124,46 M. Da sie am Ende des Jahres 1907: 285 487 M. betragen, haben sie sich um 119 362,54 M. im Jahre 1908 vermindert. Am Anfang des Rechnungsjahres waren die Einnahmestellen außerordentlich hoch. Sie haben sich nunmehr dem normalen Stande wieder genähert. Die Ausgabereife Rückstände betragen 2 888,45 (minus 16 166,55 M.). Der Betrag der im Rückstand verbliebenen Umlagerungsverbindungen hat sich gegenüber dem Vorjahre erheblich herabmindern lassen, dagegen ist der Wert der verspätet eingereichten Zinscheine städtischer Anleihen gewachsen, so das die Gesamtsumme der Ausgabereife den Stand von früheren Jahren übersteigt.

Schulden tilgung.

Zur Schulden tilgung sind aus Wirtschaftsmitteln 870 542 M. aufzubringen, welche wie folgt verwendet werden sollen: a) zur Abtragung der planmäßigen Tilgungsrate an verschiedenen Anleihen mit 666 700 M. und b) zur Verflüssigung des Anleihenfonds bzw. zur unmittelbaren Verwendung für außerordentliche Ausgaben 203 842 M.

Der Schuldenantrag

hat folgenden Wortlaut: Der Bürgerausschuss wolle dem vorliegenden Hauptvoranschlag im einzelnen und im ganzen die Zustimmung erteilen und demgemäß die Erhebung folgender Umlagen beschließen: 32 Pfg. von 100 M. Steuerwert des Liegenschaftsvermögens und des Betriebsvermögens, 10 Pfg. von 100 M. Steuerwert des Kapitalvermögens, 192 Pfg. von 100 M. Einkommensteueranschlag.

Personalien. Dem Schulmann Karl Woyt hier wurde die Auszeichnung für achtzehnjährige Dienstzeit verliehen.

Mannheimer Dienerverein. Montag, Donnerstag Abend 8 Uhr hält Herr Dr. Julius Moles in der Aula der Friedrich-Schule einen öffentlichen Vortrag über „Mädchenreform und Hygiene“. Der Vortragende wird die durch die vrenische Mädchenreform in ein neues Stadium getretene Frage des Frauenstudiums nach ärztlichen Gesichtspunkten behandeln und die Einrichtungen der weiblichen Frauenbildungsbefreudungen auf die Gesundheit und Ueberliche Wohlfahrt der Befragten unterziehen. Im Rahmen des Vortrags werden die wichtigsten Probleme der Mädchenreform, der Ausbildung, der Frauenfortbildungskurse usw. in ihrer medizinischen Bedeutung zur Erörterung kommen. Angefichts der aktuellen Bedeutung dieser Frage hat der Vorstand beschlossen, im Anschluß an den Vortrag eine freie Diskussion stattfinden zu lassen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Literaturvorträge. Als Einleitung zu ihrem 13. Vortrage wurde von Frau Dr. phil. Eckardt die große Umwandlung vom Spiritualismus und Idealismus zum Materialismus und Realismus und das immer steigende Vordringen der objektiven Naturwissenschaft geschildert. Der gewaltige, innerhalb einer Generation sich vollziehende Umschwung russi Schwere- und Spannungsgedächte hervor, die in Dichtung, Kunst und Kallerei charakteristischen Ausdruck finden. Da seit Darwin eine Verankerung der stillosen Begriffe in etwas Metaphysischem unmöglich schien, tritt gleichzeitig eine starke Unklarheit auf ethischen Gebiet ein. Der Grundton, auf dem sich das gesamte geistige Leben nach dem Scheitern des deutschen Idealismus aufbaut, ist deshalb das Schopenhauer'sche Pessimismus, der bis Kleinfuß fast unbedeutend bleibt. - Nebenher ging dann zu den drei Frauen über, die in der revolutionären Bewegung der 40er Jahre hervortreten und schließlich als errie Wolke von Meynberg. In lebhaften Worten entwickelte sich das Bild der heftigen Aristokratin, die in der Luft ihrer Zeit zur überzeugten Sozialistin, Feueradrianerin und Aktivistin wird, für ihre Wool: 1861 in die Verbannung nach England geht und dort im Verkehr mit den bedeutendsten politischen Verbannten (Herzen, Kinkel, Schurz, Mazzini) und in auermerksamer Beobachtung des Lebens die doktrinaire Starrheit ihrer Ideale löst und innerlich reif für Schopenhauer und Wagner wird. - Der nächste Vortrag soll Malvidas Leben zu Ende führen, die Ursachen, die zur Gründung des Frauenvereins führten, behandeln und auf die erste Theaterleiterin der Bewegung, Hannu Remald, eingehen.

Lezte Nachrichten und Telegramme.

Heidelberg, 17. Febr. Dem Senior der hiesigen juristischen Fakultät, Geheimrat Ernst Emanuel Vetter, geht heute anlässlich seines 60-jährigen Doktorjubiläums überaus zahlreiche Gratulationen zu. Die Glückwünsche der Universität überbrachte heute Mittag die große Deputation, bestehend aus dem Prorektor und den 5 Dekanen, die der juristischen Fakultät, die gesamte Kollegenschaft. Die philosophische Fakultät ernannte den Pubilar zum Ehrendoktor. Unter den Glückwünscherinnen befinden sich auch diejenigen der Universitäten Halle, Berlin und Rom. Zu Ehren des Jubilars, der seit 10 Jahren Ehrenbürger Heidelbergs ist, findet heute Abend ein Festmahl und ein studentischer Festzug statt.

Walden, 17. Febr. (Waldenbote.) Als Würdiger des Altbürgermeisters Steudle in Walden wurde der arbeitlose Kasser August Redinger verhaftet. Der Würdiger ist gefehndig.

Triest, 17. Febr. Der frühere städt. Techniker Waagh, der sich nächstens wegen Raubmord vor dem Schwurgericht zu verantworten haben wird, wurde heute wegen schwerer Ungehörigkeit und Betrugs von der hiesigen Strafkammer zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Exorzuluss verurteilt.

* Neustadt a. d. O., 17. Febr. Die der „Waldkurier“ meldet, ist gestern Abend der Kommerzienrat Ad. Theresch, Besitzer einer Großmühle, in der Wadewanne tot aufgefunden worden. Der herbeigerufene Arzt konstatierte Vergiftung durch Nohlenoxydgas.

* Bingen, 17. Febr. (Amtliches Wahlergebnis.) Bei der gestrigen Reichstagswahl, welche im Wahlkreis Bingen-Mittel-Rhein stattfand, wurden insgesamt 2298 Stimmen abgegeben. Es erhielten Krell (frei. Volksp.) 804, Stadtrichter Uebler (Zentr.) 662, Prof. Dr. Rieder (natl.) 510 und Redakteur Hölzner (soz.) 1558 Stimmen. Jeplitter waren 9 Stimmen.

* Stuttgart, 17. Febr. Das erste der beiden für den Eisenbahndienst zwischen Sigmund und Tölleberg bestimmte Doppelstrahlen-Fahrplan, wurde vormittag auf der Fahrt des Postzuges vom Stapel gelassen. Minister von Freytag hielt die Landrede, die mit einem dreifachen Hurrah auf den Kaiser schloß. Die Gemahlin des Ministers vollzog die Taufe. Das Schiff erhielt den Namen „Deutschland“.

* Seehausen, 17. Febr. Der Kronprinz traf heute mittag um 1/12 Uhr hier ein. Er wurde von dem Minister von Rottke, dem Oberpräsidenten Engelens Hegel, dem Regierungspräsidenten v. Borries, dem Bürgermeister und andern empfangen. Nach 1/4stündigem Vortrag im Vertikalier begaben sich die Herrschaften im Wagen in das Nebenschiffmännungsgeleise und zwar vorläufig nach Beran.

* Wien 17. Febr. Jar Ferdinand von Bulgarien ist heute von Salzburg hier eingetroffen. Er wird 2 Tage hier bleiben.

* Saloniki, 17. Febr. Alle albanischen Komitees beschließen, die Einführung der albanischen Sprache in ihren Gottesdiensten auf die griechische Sprache. Sie richteten deswegen, lt. „Zeff. Jig.“, eine demonstrative Eingabe an das Parlament.

* Straßburg i. E., 17. Febr. Der frühere Landespräsident abgedruckte Klein ist, wie die „Straßb. Bürger-Ztg.“ meldet, in Verdacht im Unterelb gefangen. („Zeff. Jig.“)

* Konstantinopel, 17. Febr. Das Blatt „Tabe“ meldet: Der Kammerpräsident wurde vom Sultan in zweifelhafter Audienz empfangen.

* Haag, 17. Febr. Bei den in Loopduinen angelegten Vorgekommenen Fällen von Neulentepe handelt es sich, wie es aus holländischen Kreisen erzählt, wahrscheinlich um Topf.

* Konstantinopel, 17. Febr. Dem „Tanin“ zufolge prüfte der geistige Minister des Sultans, welches 20 157 500 Pfund Ausgaben, 20 373 664 Einnahmen und außerordentliche Ausgaben von 18 732 229 Pfd. aufweist. Das Blatt hofft, daß die Kammer das Defizit reduziert und die außerordentlichen Ausgaben auf 2-3 Jahre verteilt.

Das Erdbeben in Bulgarien.

* Sofia, 17. Febr. Aus Jamboly wurde gestern gemeldet, daß infolge der dort anhaltenden Erdbeben ein Teil der Bevölkerung die Nacht an den Straßenlaternen verbrachte. Auch tagsüber fällt die Bevölkerung die Straßen.

Das Bergwerkunglück in England.

* London, 17. Febr. Gegen Mitternacht gelang es, wenigstens einen brennenden Hauptstreck zu löschen. Seit 9 Uhr vernimmt man das Klöpfeln der Eingekerkerten. Ein großer Verlust an Menschenleben steht zu erwarten. Die Ursache des Unglücks ist, lt. „Zeff. Jig.“, noch nicht bekannt. Die Mine gehört der Firma Burns.

* London, 17. Febr. Von den in den Kohlengruben in West-Sydney beschäftigten Arbeitern wurden 32 getötet. Es wird behauptet, daß die übrigen überleben. Bisher wurden 8 Leiden geborgen.

Zuspitzung der inneren Lage.

* Mannheim, 17. Febr. Wir haben im Mittagblatt schon mitgeteilt, daß die Subkommission der Finanzkommission auf dem letzten Punkte angelangt sei. Die Beratungen sind abgebrochen und auf Freitag vertagt worden. Wie aus dem an leitender Stelle wiedergegebenen Artikel der „Nat. Ab. Korresp.“ hervorgeht, tragen die Konservativen nebst Herrn Schadow an der neuerlichen Zuspitzung der inneren Lage die Schuld. Die Parteien der Linken haben an Entgegenkommen das Wenigstmögliche getan. Als es offenbar wurde, daß diese der ebenso unsinnigen wie gewissenlosen Demagogie des Bundes der Landwirte die Nachlasssteuer keinerlei Ausweichen mehr botte, hoben die Linken ohne weiteres sich bereit erklärt, auch eine entsprechend ausgerichtete Reichs-Vermögenssteuer zu akzeptieren. Woran sie und der gesamte Liberalismus festhielten — und worin sie, wie wir hinzusetzen möchten, unter allen Umständen festbleiben werden, war nur dies: keine Finanzreform, bei der die Masse allein die Kosten des Verfahrens zu tragen haben; keine neue Auflage ohne gleichzeitige direkte Heranziehung des Besitzes. Die Konservativen indes haben bislang solchen Entgegenkommens keine Bröden geliefert. So ist die Lage wieder recht ernst geworden, aber vielleicht gelangt es dem Fürsten Bismarck noch, den Wagen wieder von dem toten Geleise fortzubringen. Das Wahl des Deutschen Landwirtschaftsrates, auf dem er sprechen wird, bietet ihm dazu vielleicht den Anlaß. Wie uns auch unter Berliner (Zentr.)-Korrespondenten schreibt, darf als sicher gelten, daß die Liberalen am Ende ihres Entgegenkommens angelangt sind, und sie werden, wenn über die direkten Steuern keine Einigung erzielt wird, auch über die indirekten sich nicht mehr den Kopf zerbrechen. Zur augenblicklichen Lage wird dem „Hannov. Cour.“ aus Berlin gemeldet:

Die Radikale der „Germania“ über ein abgeschlossenes oder bevorstehendes Steuerkompromiß ist wahrscheinlich nur ein Versuch, Betätigung in die Verhandlungen zu bringen. Das geht schon daraus hervor, daß, wie im Reichstag verlautet, die Subkommission heute zu keinerlei Einigung gekommen ist, und die Beratungen bis Freitag vertagt hat. Angewiesen sollen die Fraktionen zu den verschiedenen Fragen der direkten Besteuerung Stellung nehmen. Zu bemerken ist, daß eine Erhöhung der Militärarbeitsträge auf 1,60 Mark pro Kopf der Bevölkerung immer noch keine 100 Mill. Mark ergeben würden, daß also noch 50 Millionen an dem Betrage fehlen würden, der aus der direkten Besteuerung herauskommen soll. — Daß die Linke sich auf eine Befreiung der Kohlen einläßt, erscheint uns vorläufig noch ganz ungläubhaft.

In einer Volunte gegen die „Kreuz-Zeitung“ schreibt die „Nat. Jig.“:

Der Artikel der Kreuzzeitung gibt uns leider zu der Befürchtung Raum, daß ein sehr großer Teil der Konservativen und ihrer Presse die außerordentliche politische Schwere unserer inneren Lage noch nicht schmerzhaft empfängt. Die Spanne Zeit, in der die Verständigung gesucht werden muß, ist nur sehr kurz. Eine harte Aufstellung unserer inneren Lage und ein wirklicher Wille zu möglichst rascher Verständigung ist auf allen Seiten vonnöten.

Wir gehen also wieder einmal recht ernstlichen Tagen entgegen. Die liberalen Parteien sind auf einen Umsturz der Lage gefaßt. Ihre Schuld ist es nicht, wenn das Werk der Reichsfinanzreform verfallen und der Block zerfällt. Allein die Konservativen tragen die Verantwortung und die Schuld. Sollte es zu einer Reichstagsauflösung kommen, so werden sie in der Hauptfrage die Kosten des Wahlkampfes zu tragen haben. Und weiter, es könnte wegen des Fehlens eines Mandatgesetzes so kommen, daß die liberalen Parteien sich auf die Zustimmung zu den Konsumsteuern festlegten, ohne eine Vermögensbelastung zu erreichen. Wenn dann die Regierung erklärt, eine nur auf indirekten Steuern basierte Reichsfinanzreform sei für sie unannehmbar und den Reichstag auflöse, so werden im Wahlkampf Zentrum und Sozialdemokratie sämtliche Blockparteien, vor allem aber den liberalen Parteien, aus der Zustimmung zu den einzelnen Konsumsteuern einen Strich zu ziehen suchen. Das zu verhindern, haben die liberalen Parteien das Interesse der Selbsthaltung. Sie müssen also aus diesen Gründen wie aus dem Grund finanzieller Gerechtigkeit unter allen Umständen darauf bestehen, daß die Frage der Vermögensbelastung vorher ins Reine gebracht wird. Sollte das bis Freitag nicht gelingen, sollte uns eine Reichstagsauflösung und ein neuer Wahlkampf bevorstehen, dann können sie wenigstens mit gutem Gewissen vor die Wähler treten. Diese werden nicht sie, sondern die konservativen Gegner einer Vermögensbelastung den Schaden tragen lassen.

Die Messerangriffe auf Frauen.

* Berlin, 15. Febr. Auch heute wurden wieder mehrere Frauen durch Messerstücke verletzt. Was die Ermittlungen nach dem Täter im allgemeinen betrifft, so wird das Publikum immer darauf hingewiesen, daß man zunächst an die Verfolgung denken soll. Der gestern nachmittag nach der Verurteilung der Frau Schaefer vor dem Emmauskirchhof festgenommene junge Mann ist wieder auf freiem Fuß gesetzt worden. Eine gestochene Frau, die auf Veranlassung der Kriminalpolizei der Verurteilung bewohnte, glaubte in ihm den Täter zu erkennen und veranlaßte seine Verhaftung. Der junge Mann konnte aber sein Alibi einwandfrei nachweisen und wurde deshalb noch gestern spät abends von der Kriminalpolizei wieder auf freiem Fuß gesetzt.

Auf die Anfragen, die die Kriminalpolizei nach entlassenen Geisteskranken an die Irrenhäuser und anderen Anstalten gerichtet hat, geben immer noch Antworten ein. Die Nachforschungen nach den Entlassenen und die Schprüfung ihrer Anwesen über ihren Aufenthalt seit der Entlassung haben keinen Anhalt für die Ermittlung des Täters geliefert — oder der Täter; denn doch man es mit mehr als einem zu tun hat, unterliegt wohl kaum noch einem Zweifel.

Der neue Fall in Lichtenberg hatte bereits eine Verhaftung zur Folge. Polizeirat Doebel, der alsbald mit mehreren Beamten am Tatort erschien, ließ in einer dem Hause gegenüberliegenden Schaufabrik einen Menschen festnehmen, der als Kaufmann bekannt ist. Man fand bei ihm mehrere mit Blut besetzte Briefe und eine Feile. Mit dieser kann aber die Tat kaum ausgeführt worden sein. Die Art der Verwundung an den Kleidern und der Verletzung scheint dagegen zu sprechen. Der Festgenommene wurde einweisen nach dem Polizeipräsidium in Lichtenberg gebracht.

Die Festnahme in Lichtenberg ließ sich nicht aufrecht erhalten. Der aus dem Bahnhof dort angehaltene Verdächtige ist ein Mann aus dem Orte. Er konnte sein Alibi nachweisen und wurde wieder entlassen.

Die uniformierte Kriminal- und Sittenpolizei hat heute wieder ein starkes Aufgebot von Beamten nach dem Ostbezirk entsandt. Diese Beamten haben lediglich für die Sicherheit der Frauen und Mädchen auf den Straßen zu sorgen.

Der Angriff auf die Frau Bosniya aus der Kleinstadt ist nicht mit einem Messer ausgeführt worden, auch nicht mit einem Schlagring, sondern mit einem dreieckigen, gabelförmigen Werkzeug. Die Zinken sind vieredig und setzen einen Zentimeter auseinander. Die mittlere ist etwas länger als die anderen, so daß der Abschluß des Werkzeuges an den Fingerspitzen etwas hakenförmig erscheint. Die überallene Frau hatte noch vorher mit anderen über diese Umkleekabinen gesprochen und sich vorgenommen, den Täter festzuhalten, wenn ihr etwas gefehlen sollte. Sie hat dazu auch Mut genug. Trotzdem war sie im ersten Augenblick so überrollt und erschrocken, daß sie an ihren Vortag nicht mehr dachte. Der in Groß-Lichterfelde gefundene Krug ist der Wäscheabrik von Wolf u. Glaserfeld in der Zehenden Straße übergeben worden. Diese Fabrikanten hoffen, an der Hand ihrer Bücher und des Wäschezeichens über das Verweishild näheres ermitteln und feststellen zu können.



Frauen und Mädchen legen jetzt vielfach besonders die Kleidung an und suchen sich durch Wäpelpolster und andere Einlagen zu schützen. Die Angst und Aufregung benutzen leider auch ebenso treue wie tüchtige Menschen zu höchst verwerflichen Scherzen. So wurde an der Ecke der Großbeeren- und Königgrüher Straße gestern Abend um 9 1/2 Uhr die 26 Jahre alte Ella Gräber von einem Mann mit schwarzem Gut und dunklem Kasket befaßt, der dicht an sie herantrat und sich vor sie hinstellte. Fr. G. ließ einen Schrei aus, worauf der Mann flüchtete.

Eine gründliche Abfertigung erhielt in der Seestraße ein „Wigbold“. Eine Frau W. hatte in einem Krug Bier geholt und befand sich auf dem Wege nach Hause, als sie plötzlich von einem vorübergehenden Mann einen Schlag gegen den Oberkörper erhielt. Die Angegriffene verletzte dem Gegner ebenso schnell mit dem Bierkrug einen Stieb über den Kopf und rief gleichzeitig um Hilfe. Die Ausrufe der Frau wurden von einer radehenden Schutzmannspatrouille gehört, der es gelang, den Flüchtenden festzunehmen. Der Mann wurde zur Polizeiwache gebracht und gab dort an, daß er lediglich die Abficht gehabt habe, die Frau zu erlächern. Es ist möglich, daß tatsächlich nur großer Unfug vorliegt. Frau W. hatte in der Tat keine Verletzungen erlitten, und auch ihre Kleider waren unbeschädigt. Für den „Wigbold“ dürfte der „Schertz“ böse Folgen haben.

Badische Politik.

Richtigstellungen.

* Mannheim, 17. Febr. Die „Südd. Reichskorresp.“ beschäftigte sich heute in sehr aufgeregtem Tone mit jenem Vorgehen, bei welchem ein Redakteur eines oberbadischen Blattes vor das Bezirksamt geladen worden war, um Auskunft über die Autorität seiner Lehrerfreundlichen Artikel zu geben. Sie verlangte die Nennung des betreffenden Redakteurs und Oberamtmanns, bevor die Regierung Stellung zu der Angelegenheit nehmen könne. Diese Auskunft gibt nun heute mittag die hiesige „Volksstimme“, Scheinbar ohne noch Kenntnis von jener Auslassung in der „Südd. Reichskorresp.“ genommen zu haben. Das sozialdemokratische Blatt schreibt:

„Die Sache hat sich genau so zugezogen, wie wir sie geschildert hatten, und zwar ist Herr Oberamtmann Hermann Levinger in Ueberlingen der Herr gewesen, der dem Redaktionsgeheimnis der Presse zu nahe trat, und Herr Redakteur Alt vom dortigen nationalliberalen „Seeboten“ das Objekt seines inquisitorischen Vorgehens. Herr Levinger, der bekanntlich bis vor etwa einem Jahre hier in Mannheim als Oberamtmann tätig war, fand bisher im Auf eines durchaus redlich denkenden Beamten, und niemand, der ihn näher kennt, wird ihm zutrauen, daß sein Vorgehen gegen Herrn Redakteur Alt in der Sache Rödel seiner eigenen Initiative entsprang. Es ist vielmehr als fast sicher anzunehmen, daß er dabei in höherem Auftrag handelte, und daß es der Groß-Oberkontrolleur in Karlsruhe war, auf dessen Anordnung die Bohung und Einvernahme Alt erfolgte.“

Nach der Erklärung der „Südd. Reichskorresp.“ hat Oberamtmann Levinger ohne Auftrag der Regierung gehandelt. Das mag sein! Aber Herr Levinger hat sicher in dem Glauben gehandelt, daß sein Vorgehen die Billigung des Oberkontrolleurs findet. Und deswegen ist das unbedachte Vorgehen Levingers eine neue Illustration dafür, wie das Vorgehen des Oberkontrolleurs im Fall Rödel und seinen Nachspielern zu beurteilen ist. Jedenfalls darf man eine omtliche Darstellung des Vorgehens Levingers gegen den Redakteur des „Seeboten“ erwarten; hoffentlich erfolgt diese Darstellung ebenso schnell, als die Zurückweisung jener Zeitungsmeldung, welche der badischen Regierung zu unrecht eine lehrerfreundliche Meinung nachlagte.

Landtagskandidatur.

* Karlsruhe, 16. Febr. Die hiesigen Demokraten stellen Reichstagskandidat Dr. Karl Vogel als Kandidaten auf. Seitens der Nationalliberalen kandidiert Niederhöhl.

Die Heidelberger Bürgerauswahlwahlen.

* Heidelberg, 17. Febr. Bei den regisrigen Bürgerauswahlwahlen der 2. Klasse wurde nicht nur der Führer der Nationalliberalen Prof. Quenzer nicht gewählt, sondern auch der Führer der Nationalsozialen Dr. Härtel verlor dieses Schicksal. Das „Heidelb. Tagebl.“ führt diese Niederlage auf „allzu weitgehende Konzeptionen gegenüber der Sozialdemokratie bei Erhellung der Listen der 3. Klasse“ zurück.

Deutscher Reichstag.

w. Berlin, 17. Febr.

Am Bundesratlich: v. Reihmann-Hollweg. Präsident Graf Stolberg eröffnet pünktlich um 2 Uhr die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Lesung des Gesetzentwurfes betr. die

Einwirkung von Armen-Unterstützungen auf die öffentlichen Rechte.

Hierzu liegt ein sozialdemokratischer Antrag vor, der die Wirkung dieses Gesetzes nicht nur auf das Reich beschränken, sondern auch auf die Landesgesetze ausdehnen und ferner derartige Unterstützungen ohne Einfluß auf die öffentlichen Rechte lassen will, wenn sie zur Hebung einer vorübergehenden Notlage gewährt werden.

Stehenbürgen (Konj.): Wir halten den Gesetzentwurf wie er jetzt vorliegt, für vollständig ausreichend. Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab.

Brühne (Soz.) empfiehlt den Antrag seiner Partei. Wenn die Gesetzgebung einmal in Bewegung gebracht worden ist, muß gleich ganze Arbeit gemacht werden. Spätere Änderungen sind schwierig.

Unterstaatssekretär Bermuth: Ich bitte den sozialdemokratischen Antrag abzulehnen, denn es ist nicht angelegentlich bei dieser Gelegenheit einen Beschluß zu fassen, welcher in das Staatsrecht, das Kommunalrecht, das Armen- und das Wahlrecht der Bundesstaaten eingreift. Das Gesetz stellt eine wesentliche Verbesserung der gegenwärtigen Zustände dar, stellen Sie daher seine Wirkung durch solche Anträge nicht in Frage.

Maxer (Ztr.): Der Tendenz des Gesetzes stimmen wir zu. Der Resolution der Kommission, welche verlangt, daß Grundzüge, die für Einwirkung für Armenunterstützungen auf öffentliche Rechte für die Reichsgesetzgebung eingeführt werden sollen, auch in den einzelnen Bundesstaaten zur Geltung gelangen sollen, können wir aus staatsrechtlichen Gründen nicht zustimmen. Auch lehnen wir den 1. Teil des sozialdemokratischen Antrages ab.

Eberling (Nat.): Wir sind für die Resolution, denn wir wünschen möglichst Einheitlichkeit im ganzen Reich. Wenn weiter die Sozialdemokraten das Wort „augenblicklich“ durch „vorübergehend“ ersetzt haben wollen, so kann ich dafür nicht eintreten.

Böble (Soz.): Staatsrechtliche Bedenken gegen den Ausdrack vorübergehend haben wir nicht.

Von Tag zu Tag.

— Starter Schneefall. Würzburg, 17. Febr. Die vergangene Nacht hat ungewöhnlich heftigen Schneefall gebracht. Die Straßen und Felder der Umgebung sind samt Zeff. Zeitung viel höher mit Schnee bedeckt, als vor dem letzten Hochwasser.

— Betrügerische Manipulationen. Magdeburg, 17. Febr. Großes Aufsehen erregt die Verhaftung des Kaufmanns Ferdinand Eichler, Inhaber der Firma Schein u. Eichler, wegen Verdachts betrügerischer Manipulationen bei Begründung von Kalkulationen. Im Zusammenhang damit steht der gestern erfolgte Selbstmord des Bankiers Joha, der ein großes Teil seines sehr beträchtlichen Vermögens durch die Eicherische Gründung verloren haben soll.

— Genidstarr. Paris, 17. Febr. In der Dragoonerkaserne in Gureux, Departement Gure, ist die Genidstarr ausgebrochen. 5 Soldaten sind der Krankheit bereits erlegen.

Stimmen aus dem Publikum.

Der Wohnungsmarkt.

Der Verfasser des Eingelands in Nr. 31 Ihres geschätzten Blattes meint nicht zu wissen, daß die Mieter vielfach zur Erhöhung der Mietpreise beitragen. Abgesehen von den erhöhten Steuern, den vielen verbotenen Räumern und allen möglichen Verschönerungen, wie Feuer-, Wasser-, Unfallversicherung usw., die natürlich nicht zur Verbilligung der Mietpreise dienen, sind die Ansprüche der Mieter nichts weiter als bescheiden. Da muß selbst in der kleinsten Wohnung wenigstens eine Leitung für Kochgas sein, wird die Kautapezierung usw. noch ganz guter Wohnräume verlangt und noch öfter ziehen Mieter wieder aus, sobald sie eine Wohnung mit Angeseheren vermisst haben. Bevor eine Wohnung gemietet wird, ist gewöhnlich die erste Frage, was wird gerichtet und die Kautapezierung usw. von Räumern verlangt, die es noch gar nicht nötig haben. Alles dies kostet schwer Geld und verteuert die Wohnungen und ist es wirklich kein Vergnügen, Hauseigentümer zu sein. Man ist der Sklave der Mieter und wird für alles in Anspruch genommen, ob ein Wasserhahn rinnt, ein Schloß nicht zu öffnen ist, die Haustüre durch Verschulden eines Mieters nicht geschlossen ist und dergleichen, oft mitten in der Nacht, sobald der Hauseigentümer weder Tag noch Nacht Ruhe hat. Wenn man außerdem noch berücksichtigt, daß ein Haus mit der Zeit ganz wertlos wird und abgerissen werden muß, sobald das darin angelegte Kapital verloren ist, so kann man es den Hauseigentümern gewiß nicht verdenken, wenn sie außer einer angemessenen Verzinsung noch allmähliche Amortisation verlangen und dies wird nur durch entsprechende Mietpreise ermöglicht. Derjenige, der heute über zu hohe Mietpreise klagt, sollte einmal selbst Hauseigentümer werden, er würde dann finden, daß es gar nicht möglich ist, bei den heutigen Verhältnissen billiger zu vermieten. A. O.

Die Automaten für Postkarten.

welche hier an verschiedenen Orten angebracht sind, sind sehr oft zum Nachteil des Publikums. Einmalig dieses hat sehr schon viermal ein 10 Pfennig-Stück eingeworfen, aber die zu erhaltenden Postkarten können er heute noch warten. Solche nicht funktionierenden Apparate gehören entfernt und durch solche ersetzt, bei denen man wenigstens für seine eingeworfenen 10 Pfennige die gewünschten Postkarten erhält. A. H.

Aus dem Großherzogtum.

Rippentwiler (Amt Weinheim), 15. Febr. Da der bisherige Inhaber der hiesigen Postfilialstelle einschließlich öffentlicher Fernsprechstelle, Herr Bürgermeister Rath die Postdienstverhältnisse nibeergelagt hat, wurde dieser Dienst dem Gasmart Adolf Pfang zum Pfug (Kogn. Höbenwirt) übertragen.

Rosbach, 15. Febr. Der an dem geistigen Sonntag hier abgeschlossene Gaurturntag war recht gut besucht. Fast alle 26 Vereine, die dem Main-Redargou-Berband angehören, hatten Vertreter entsandt. Die Verhandlungen wurden mittags 12 Uhr angeleitet durch den Gaurvorsitzenden, Herrn Architekt Pfeiffmann von hier. Mittags von 10 Uhr war Turnprobe, an der die Turnwart und Vorturner des ganzen Gaus beteiligt waren. Hierbei wurden hauptsächlich die Übungen für das dieses Jahr in Heidelberg stattfindende Kreisturnfest vorgenommen. Die zahlreich erschienenen Freunde der Turnerei sprachen sich allgemein sehr beifällig über das Gesehene aus. — Seitdem wurde im „Hotel Klammernburg“ in Redargou auf Veranlassung des hiesigen landwirtschaftlichen Bezirksvereins der diesjährige Saatgutmarkt abgehalten. Der zahlreiche Besuch der Beamtenschaft war wieder ein Beweis für das große Interesse, das dem Unternehmen seitens der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Umgegend entgegengebracht wird. Allgemein beifällig sprach man sich über die Reichhaltigkeit und Güte der angebotenen Samen aus. Es sei daher auch an dieser Stelle dem Leiter des Bezirksvereins, Herrn Regierungsrat Dörle, für sein Bestreben, den Landwirten bei Bestellung der Felder mit nur guten und rationellen Saatgutstoffen auf diese Weise helfen zu können, beifällig gedankt. Aufschließen hielt der Leiter der Groß. Bad. Saatgutmarkt in Rosbach, Herr Dr. Lang, einen äußerst interessanten Vortrag über „Die Ziele der hiesigen Saatgutmarkt“. Wieder Beifall dankte dem Redner für seine lehrreichen Ausführungen.

R. vom Bodensee, 15. Febr. Im ganzen Bodenseegebiet hat es heute mittag wieder geschneit. Der Schnee liegt teilweise 2-5 cm hoch.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Dagersheim, 15. Febr. Die gestrige Gemeindeversammlung stimmte für den Antrag des Stadtrats, zur Erbauung eines eigenen Gaswerkes ein Anlehen von 120.000 Mark zu bewilligen, mit 307 gegen 110 Stimmen. Der zweite Antrag betr. Aufnahme eines Anlehens zu einem Schulhausneubau wurde zurückgestellt bis zur Erläuterung der Details.

Riederwarsbach, 15. Febr. Aus Gram über die Trankucht ihres Mannes begab sich die Frau des Logners Alex. Koch mit Petroleum und zündete sich an. Mit lebensgefährlichen Brandwunden bedeckt, wurde die Bedauernswerte ins Hospital verbracht.

Kaiserslautern, 15. Febr. Im Herbst vorigen Jahres tauchte hier die Nachricht auf, daß nunnmehr — nachdem Arbeitshaus und Weiberabteilung bereits aufgelöst resp. ihre Auflösung beabsichtigte Sache war — auch die Auflösung des Zuchthauses Kaiserslautern bevorstehe. Darauf wandte sich das hiesige Bürgermeisterrat in einer Eingabe an das Justizministerium, in der es im Interesse der Stadt um Erhaltung der Anstalt in Kaiserslautern nachsuchte. Diese Bitte ist jetzt abschlägig beschieden worden.

Birmasfeld, 15. Febr. Gestern Nachmittag brach in dem verdonat gebliebenen Teil der vor einem halben Jahr niedergebrannten Schachfabrik Jakob Adolf Feuer aus. Es verbrannte ein beträchtlicher Teil an Vorräten. Der Schaden ist groß.

Aus der Pfalz, 15. Febr. Der Postloft der pfälzischen Viehmärkte durch die Bezeichnung pfälzischer Vieh- und Schweinehändler geht seinem Ende entgegen. Er richtete sich gegen das Verbot des Hauferhandels mit Vieh, das die Regierung der Pfalz aus sanitären Gründen erlassen hat. Durch den Postloft sollte die Aufhebung dieser Maßregel bewirkt werden. Ein Erfolg ist bis jetzt nicht zu erwarten und deshalb beschäftigen die pfälzischen Viehhändler, ab 1. März die Viehmärkte wieder zu besuchen.

Frankfurt, 16. Febr. Allen Anschein nach geht der „Hauptmann von Rönneid-Rummel“, über den gar viel diskutiert wurde, immer noch in Mitle. Jetzt ist der Schürer Voigt alias „Hauptmann von Rönneid“, glücklich zusammen mit seinem Anprobrario in Frankfurt gelandet. Über auch dort wird er wenig Wohl haben. Die Polizei gestattete das öffentliche Auftreten Voigts nicht, eine Verfügung, die nur zu begründen ist. Voigt suchte am Samstag die Redaktionen der Tagesblätter und verlor jetzt in den Frankfurter Cafes und Restaurants Anhängerschaft.

Volkswirtschaft.

Die Einnahmen der badischen Staatseisenbahnen.

Die geschätzte Einnahme aus dem Personenverkehr war im Januar 1909 um 117.670 Mark höher als im Jahre 1908 und im Güterverkehr um Mark 142.620 höher als im Vorjahr. In den amtlichen Erläuterungen wird ausgeführt: Der Reiseverkehr war der Jahreszeit entsprechend Ruhe einigen Vor- und Bedarfszügen für den Wintersport stark. Das Wetter war vorwiegend hell, trocken und mäßig kalt; gegen Ende des Monats stellte sich harter Schneefall ein. Außer einigen Vor- und Bedarfszügen für den Wintersport und einigen Italienerzügen von Konstanz nach Mannheim wurden nur fahrplanmäßige Züge ausgeführt. Der Tierverkehr zeigte keine auffallenden Erscheinungen. Der Güterverkehr war entsprechend dem allgemeinen Geschäftsverlauf immer noch matt; doch läßt sich gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine leichte Besserung erkennen. Der Versand von Steinbohlen nach der Schweiz läßt noch sehr zu wünschen übrig. Die Schiffsahrt auf dem Rhein und Neckar war wegen Niedrigwassers und Eisgangs vom 1. bis 15. und vom 25. bis 31. Januar geschloffen. In der übrigen Zeit gestaltete der niedere Wasserstand nur gering belasteten Schiffen die Fahrt. Auf dem Oberrhein ruhte die Schiffsahrt fast ganz. Bedarfszüge wurden nur in geringer Zahl ausgeführt. Mangel an Güterwagen bestand nicht.

Kolonialwerte.

(Bericht vom Deutschen Kolonialkontor G. m. b. H., Hamburg, Höhe Weichen 25; Berlin, Vorkentstraße 47.)

Das Geschäft in Kolonialwerten in der vergangenen Woche war etwas ruhiger, nur in Ostindien zeigte sich die Aufwärtsbewegung sprunghaft fort, so daß dieselben trotz einer kleinen Abschwächung noch mit 115 1/2 M. gesucht sind. Ostindien dagegen sind unbedeutend gegen die Vorwoche. Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika machte sich einen 10proz. Abschlag gefallen lassen. South African Territories sind zu 7 sh. 3 d. erhältlich. In South West-Africa fanden wiederum große Käufe statt, so daß sich der Preis um fast 1/2 Schillingen erholen konnte.

Auf dem Markte der Deutschafrikanischen Werte waren Deutsch-Afrikanische Gesellschafts-Stamm- und Vorzugsanteile gefragt ohne daß die Nachfrage befriedigt wurde. Auch Namibia Stamm- und Vorzugsanteile stehen in Nachfrage. Sonst war es auf diesem Gebiete sehr still, größere Umsätze kamen nicht zustande.

In Kamerunwerten dagegen war das Geschäft ziemlich lebhaft. Sibundi-Vorzugs- und Stammaktien wurden zu 98,5 Proz. gehandelt, Afrikanische Kompanie sind mit 79 Prozent gefragt. Nordwest-Kamerun-Anteile Lit. B (Genussscheine) sind auf weitere Zeitungsnotizen gesucht und besteht Nachfrage für dieselben zum Preise von 11, also 1/2 M. höher als in der Vorwoche, doch kam sehr wenig Material an den Markt. Süd-Kamerun-Anteile A und B liegen dagegen etwas schwächer.

In Kongo-Anteilen fanden einige Realisierungen statt und sind solche eine Kleinigkeit billiger als in der Vorwoche erhältlich. Pacific Phosphate Stammaktien wurden in größeren Beträgen zwischen 11 1/2 und 11 3/4 Pfst. umgeleht. Deutsche Somoe und Safata-Anteile sind dagegen in größeren Beträgen erhältlich, ohne daß Nachfrage besteht.

Som Kalkunbilat.

In der Gesellschafter-Versammlung des Kalkunbilats berichtete Generaldirektor Gräbner über den Verlauf des Januar-Geschäftes und teilte mit, daß der Januar-Umsatz des Jahres 1909 denjenigen von 1908 ungefähr um zwei Millionen Mark übersteigt. Wie sich das Lunarialergebnis gestaltet, läßt sich in Rücksicht auf die schwankende Witterung, den Wasserstand und die Eisverhältnisse, die eine Verfrachtung nicht zulassen, noch nicht beurteilen. Direktor Schöndeloff berichtete alsdann über das nordamerikanische Geschäft und führte aus, daß sich der Absatz dieses Jahr besserte und für die ersten sechs Monate des Jahres allem Anscheine nach ein flotteres Geschäft als in der gleichen Zeit des Vorjahres zu erwarten sei. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete ein Antrag des Aufsichtsrates, demzufolge die Endbilanzverhandlungen solange Zeit auszuheben sind, bis mit den zur Zeit in der Förderung stehenden Kalkwerken eine Einigung hinsichtlich der abzuschließenden Provisionen erzielt worden ist, bevor bis dieselben sich der gleichen Bindung wegen des späteren Verlusts ihrer Sache unterworfen haben, wie dies seitens der Syndikatswerke im Syndikatsvertrag geschehen ist. Der Antrag des Aufsichtsrates fand die Zustimmung der Gesellschafter. Die übrigen Gegenstände wurden zum Teil von der Tagesordnung abgesetzt, zum Teil nahm die Versammlung lediglich von ihnen Kenntnis. Eine Anfrage aus der Versammlung bezüglich der Demission des Generaldirektors Gräbner seitens des Aufsichtsrates dahin beantwortete, daß ihm ein derartiges Gesuch zur Zeit noch nicht vorliegt und weitere Auskünfte in der Angelegenheit zur Zeit nicht gegeben werden könnten.

Die Bayerische Notenbank hat den Wechselkurs auf 3 1/2 Prozent und den Lombard-Zinssatz auf 4 1/2 Prozent herabgesetzt. Union-Brauerei, Aktiengesellschaft in Düsseldorf. Nach dem Geschäftsbericht für 1907/08 haben sich die Hoffnungen auf ein günstiges Ergebnis nicht erfüllt, obgleich sich der Bierabsatz um rund 500 Hektoliter gehoben hat. Das Ergebnis wurde ungenügend beeinflusst durch die hohen Rohpreise. Verleuerung fast sämtlicher Rohstoffe und Betriebsmaterialien sowie durch Mehraufgaben für Zinsen, Steuern, Löhne und Gehälter. Einfließlich des Verleuerungsverlustes vom Vorjahre von 36.023 M. ergab sich ein Verlust von 68.007 M. der sich durch 64.007 M. (35.782 M.) regelmäßige Abrechnungen, 78.078 M. (0) Abrechnungen aus Fortrechnungen, 49.995 M. Sonderabrechnungen und 31.145 M. (15.000 M.) Zuweisungen an den Sicherheitsbehalt auf 292.522 M. erhöht. Bei einem Aktienkapital von 1 Mill. M. und einer Anleihe von 324.000 M. (408.000 M.) betragen die laufenden Verbindlichkeiten 223.187 M. (807.520 M.) und die Akzeptverbindlichkeiten 161.645 M. (68.972 M.) und andererseits die Ausstände in laufender Rechnung 60.283 M. (88.710 M.) und die Darlehen und Hypothekensicherungen 549.969 M. (681.953 M.). Die Vorräte wurden mit 119.950 M. (130.365 M.) bewertet. Für das laufende Jahr werden die Ausfälle mit Rücksicht auf die höheren Rohpreise, die schlechte Konjunktur und die ungewissen Folgen der neuen Brauerverordnungen ebenfalls als ungenügend bezeichnet, doch hofft die Verwaltung durch äußerste Sparsamkeit die eigentlichen Betriebsergebnisse günstiger gestalten zu können.

Alt-Gef. Weser in Bremen. Der Abschluß des sechs Monate umfassenden, am 31. Dezember abgelaufenen 37. Geschäftsjahres ergibt einen Ueberschuß von 207.911 Mark. Davon sollen 60.000 M. zur Deckung des dreiprozentigen Aufgebotes bei Rückzahlung der Anleihe von 2 Millionen Mark Reserve gestellt und der Rest von 147.911 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Bilanz ergibt, daß die auf 7172 Aktien geleistete Zuzahlung von 2.865.800 M., nach Abzug des vorgetragenen Defizits und der durch die Sanierung entstandenen Kosten, entsprechend dem Beschlusse der außerordentlichen Generalversammlung vom 15. Mai 1908, zu außerordentlichen Abschreibungen sowie mit 750.000 Mark zur Bildung des gesetzlichen Reservefonds in Höhe von 10 pSt. des Aktienkapitals verwendet wurde.

Attiengesellschaft für chemische Produkte vorm. S. Scheidemann in Berlin. Die Bilanz für 1907-08 schließt bei einem Aktienkapital von 5.484.000 Mark mit einem Betriebsgewinn der Fabriken von 1.516.940 Mark (i. V. 996.552 M.), so daß nach Abzug von 285.345 Mark Zentralreserven und der Abschreibung der 229.933 Mark (146.827 M.) ein Reingewinn von 1.001.662 (755.212 M.) verbleibt. Der Generalversammlung am 24. März wird vorgeschlagen werden, die Spezialreserve durch Zuweisung von 150.000 Mark (25.000 M.) auf 450.000 Mark zu erhöhen. Die ordentliche Reserve, die im Vorjahre mit 25.065 Mark dotiert wurde, hat die statutarische Höhe von 548.000 M. gleich 10 Prozent des Aktienkapitals erreicht und wird vorläufig nicht dotiert. Ferner wird beantragt werden, eine Dividende von 12 Prozent (10 Prozent) zu verteilen und 58.300 Mark (51.962 M.) auf neue Rechnung vorzutragen. Unter Berücksichtigung des der ordentlichen Reserve nach Bilanzabschluss aus der Begebung von neuen Aktien zugeflossenen Agiogewinnes von 153.000 Mark betragen die buchmäßigen Reserven zurzeit insgesamt 1.151.400 Mark.

Frankfurter Effektenbörse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 17. Febr. Die Börse eröffnet reserviert. Auf dem Markt der Industriewerte zeigte die Spekulation teilweise Realisationslust. Eisen- und Kohlenwerte waren grösstenteils niedriger, chemische hauptsächlich, elektrische ungleichmässig, für Maschinenfabriken bestand Nachfrage. Schiffsahrtaktien lustlos. Befestigt und belebter waren 4proz. Bundesstaatanleihen, während 3 und 3 1/2proz. ruhiger waren, von ausländischer Fonds Russen fest, Türken schwächer, Ungarnrenten preishaltend. Die englische Thronrede anlässlich der Eröffnung des Parlaments liess wenig Belegung aufkommen. Das Geschäft war auch im weiteren Verlauf minimal und die Kursbewegung gering. Die Nachbörse blieb ruhig bei abgeschwächter Tendenz. Es notierten Kreditaktien 109,60 à 20, Diskonto 188,75, Dresdener Bank 152,10, Staatsbahn 144,80, Lombarden 17,80, Baltimore 113,10.

Telegraphische Handelsberichte siehe 5. Seite.

Frankfurter Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt a. M., 17. Febr. Die Börse eröffnet reserviert. Auf dem Markt der Industriewerte zeigte die Spekulation teilweise Realisationslust. Eisen- und Kohlenwerte waren grösstenteils niedriger, chemische hauptsächlich, elektrische ungleichmässig, für Maschinenfabriken bestand Nachfrage. Schiffsahrtaktien lustlos. Befestigt und belebter waren 4proz. Bundesstaatanleihen, während 3 und 3 1/2proz. ruhiger waren, von ausländischer Fonds Russen fest, Türken schwächer, Ungarnrenten preishaltend. Die englische Thronrede anlässlich der Eröffnung des Parlaments liess wenig Belegung aufkommen. Das Geschäft war auch im weiteren Verlauf minimal und die Kursbewegung gering. Die Nachbörse blieb ruhig bei abgeschwächter Tendenz. Es notierten Kreditaktien 109,60 à 20, Diskonto 188,75, Dresdener Bank 152,10, Staatsbahn 144,80, Lombarden 17,80, Baltimore 113,10.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie.

Schlusskurs. Reichsbankdiskont: 3/2 Prozent.

Wechsel.

Table with exchange rates for Amsterdam, Belgien, Italien, London, Paris, Schweiz, Wien, Neapel, Rio de Janeiro.

Staatspapiere, A. Deutsche.

Table with state securities prices for various German bonds and notes.

Aktien industrieller Unternehmen.

Table with stock prices for various industrial companies like Bad. Anilin, Chem. Werke, etc.

Bergwerksaktien.

Table with mining stock prices for companies like Bochumer Bergbau, etc.

Aktien deutscher und ausländischer Transportanstalten.

Table with transport stock prices for companies like Deutsche Reichsbahn, etc.

Gesundheit

Ist das höchste Gut. Sie bewahren sich dieselbe, wenn Sie ständig den echten Ethel-Malz-Kaffee trinken.

General-Vertrieb für Mannheim und Ludwigshafen:
Hugo Waldmann, Mannheim, K 2, 18, Telefon 3165.

Hildebrand's

Kakao Schokolade

Weltberühmt! Goldene Staatsmedaille Berlin 1896!

Fräulein kann das Recht gründlich erlernen. 1877
Privat-Person, L 12, 8, 11.

Wir gute und billige Möbel kaufen will, gehe zu H. Schwalbach, C 3, 16. Teilzahlung gestattet.

Freisinniger Verein.
Freitag, den 19. Februar, abends 9 Uhr im unteren Lokal der „Börse“
Bereinsversammlung
mit Vortrag über: „Die deutsche Revolution“.
Besprechung der politischen Lage.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand.

Rumänisch-Süddeutscher Güterverkehr, Teil II, Heft 1 vom 1. März 1904.
Auf 15. ds. Mts. wird die Station Kircht der rumänischen Staatsbahnen in den Ausnahmestufen No. 3, Seite B, für Eisen- und Stahlwaren usw. aufgenommen. Die Höhe der Frachttaxe ist bei den Verhandlungen zu erfragen.
Karlsruhe, 12. Febr. 1904.
Genl. Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen.

E 1, 17
Große Versteigerung.
Donnerstag, den 18. Februar, morgens von 9 1/2 Uhr und nachmittags von 2 1/2 Uhr an, versteigert in E 1, 17 2425

2 Schlafzimmer in Eichen
1 Schlafzimmer in Kirschbaum Satin
2 Schlafzimmer in Mahagoni
sind im Preise bedeutend zurückgekauft. 2953
Q 4, 5, Landes.
Ein sehr gut erhaltenes Piano bill. zu verkaufen. Rab. U 6, 16, 3. Stad. 4224

Central-Verein für Stenotypographie.
Die Beerdigung unseres Mitgliedes
Karl Soyez
findet erst **Donnerstag, den 18., nachmittags 1/2 3 Uhr** statt.
Der Vorstand.
6051

Diesterweg-Verein
Donnerstag, den 18. d. Mts., findet in der Aula der Friedrichschule ein öffentlicher Vortrag des Herrn Dr. J. Hofes statt über:
Mädchenschulreform und Hygiene.
Freie Diskussion im Anschluss an den Vortrag.

Zwangs-Versteigerung.
Donnerstag, 18. Febr. 1904, nachmittags 2 Uhr werde ich im Pfandlokal Q 4, 5 hier gegen bare Zahlung im Vollstreckungsweg öffentlich versteigern:
2 Klaviere, 1 Salonerinrichtung, versch. Delgemälde, 1 Schreibmaschine, 1 Fahrrad, 1 Bad-Einrichtung u. Möbel aller Art. 2961
Mannheim, 17. Febr. 1904.
Jollinger, Gerichtsvollzieher.

Galanteriewaren aller Art, als: Schmuckfachen, Lederwaren, Nippfachen, Stöcke, Service und anderes mehr.
M. Arnold
Auktionator.

Stellen finden
Lohnender Nebenverdienst. Damen und Herren, welche über einen großen Bekanntheitskreis verfügen, verdienen wöchentlich bis zu 20 Mk. Kein Warenverkauf, nur Abrechnungsweg. Geld wird sofort bei Erhalt der Adressen ausbezahlt. Offerten unter B. O. 4265 an die Expedition dieses Blattes.

Statt jeder besonderen Anzeige. Todes-Anzeige.
Allen Bekannten die traurige Nachricht, dass unser lieber, unvergesslicher Gatte, Vater, Sohn und Bruder
Julius Holz
techn. Assistent
nach schwerem Leiden heute abend 7 Uhr im Alter von 45 Jahren sanft entschlafen ist.
Mannheim, den 16. Februar 1904.
Um stille Teilnahme bittet
Namens der trauernden Hinterbliebenen:
Frida Holz.
Die Beerdigung findet Freitag, d. 19. Febr., nachm. 1/4 4 Uhr, von der Leichenhalle aus statt.
Von Kondolenzbesuchen und Kränzenspenden bittet man gütigst absehen zu wollen.

Asti spumante (Italienischer Naturschaumwein)
in vorzüglicher Qualität:
pro Flasche Mk. 3.50 pro 1/2 Flasche Mk. 2.-
(einschließlich Steuer)
empfiehlt als Spezialität:
Adolph Emrich, Weingrosshandlung
B 6, 5. — Telefon 2131.
Niederlagen befinden sich bei den Herren:
Gebr. Lockowitz, Weingrosshandlung u. Weinrestaur., K 2, 10 sowie: Karl Friedr. Bauer, U 1, 12. Ferd. Beck, J 3a, 1. Friedr. Carquo, B 6, 6. M. Passer, G 7, 7. Rich. Gund, R 7, 27. J. Knab, Q 1, 14. Konsumverein (Filialen), Jak. Lichtenthaler, B 5, 11. Hch. Roger, G 2, 8. Jak. Uhl, H 2, 9. 6043

Bekanntmachung.
Am Montag, 22. Febr. 1904, vormittags 9 Uhr anfangend, versteigern wir in unserem Raubhaus nachverzeichnete Hölzer aus dem Gemeindefeld:
140 Eichenstämme 1. bis 4. Klasse,
8 Birkenstämme 4. und 5. Klasse,
1 Fortenstamm 1. Klasse,
63 Nichten-, Strohen- und Korbentämme 2.-4. Kl.,
120 Stück eichene Waqnerbänke,
325 Stück Kiefern-, Lärchen u. weissenholzer Bauhölzer 1. und 2. Klasse,
220 Stück Eichenbänke,
995 Stück Eichenbänke 1. und 2. Klasse,
350 Stück Baumstämme,
200 Stück Trücker,
790 Stück Bodensteden. 6081
Abteilungen und Nummern sind am Rathhaus dabei ersichtlich gemacht, auch zeigt auf Verlangen das Waldpersonal die Hölzer vor.
Schriesheim, 15. Febr. 1904.
Urban.

Große Versteigerung
wegen vollständiger Aufgabe des Haushaltes.
Im Auftrag vertritt
Schimperstr. 16
1 Treppe

Platz-Vertreter
gegen hohe Provision. Ausnahmliche Angebote unter Aufgabe von Referenzen unter F. K. O. 501 an die Exped. d. Bl. 6041

Todes-Anzeige.
Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, dass unsere innigstgeliebte Mutter und Grossmutter
Elise Knödler Wtwe.
im Alter von 66 Jahren gestern mittag 1/2 4 Uhr sanft entschlafen ist.
MANNHEIM, den 17. Februar 1904. 4261
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Donnerstag mittag 1/4 4 Uhr von der Leichenhalle aus statt.

Weinrestaurant Renommée
H 5, 4.
Donnerstag, 18. Februar
Humoristisch. Kappenabend
verbunden mit
Schlachtfest
worauf ergehen alle Freunde und Gönner sowie Nachbarn herzlich einladen.
6045
2811b. Lindenmann.

Fritz Best,
Auktionator und Taxator
Telephon 6105. G 4, 3.

Fräulein
flotte und zuverlässige Stenographin und Maschinenschreiberin.
Ausführl. Offerten (nicht von Anfängerinnen) unter Nr. 2040 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Neue 16kerzige Osram-Lampe
Original-Preis Mk. 2.-
Lieferbar ab 15. Februar. 5856
Frankl & Kirchner
P 7, 24 Tel. 214. P 7, 24

Heirat, Heirat — Ehrenfache.
Wünsche meine Nichte, da es mir sonst an Gelegenheit fehlt auf diesem Wege, mit einem ehrbaren Herrn mit gutem Auskommen, im Alter zwischen 30 bis 40 Jahren zu verheiraten. Sie ist eine schöne, gesunde Dame, 25 Jahre alt, erwang. aus tadelloser Familie, in jeder Beziehung hausfälliger, mit ff. Ausstattung. Offerten hauptpostlagernd unter J. G. 4548. 4255

Verlangen Sie nur:
„Pfeilring“ Lanolin-Seife
25 Pfg. pro Stück.
Nachahmungen weisen man zurück.
Charlottenburg, Halleser 16, Abteilung Lanolin-Fabrik Martinikenfeld.

Wanzen und Käfer
sowie deren Brut werden am liebsten durch unser patentamtlich geschütztes Verfahren rasch vernichtet. 5304
Erste Bad. Versicherung gegen Ungeziefer
Rütgens & Springer, Inh. Anton Springer.
Größe u. größte Desinfektionsanstalt Süddeutschlands. Kabrif. u. Besenhauschem. Desinfektions-Apparate und Desinfektions-Apparate.
Mannheim, T 2, 4. — Telefon 2684.
Filialen in sämtlichen badischen Städten und in Elzas-Lotharingen.

Vermischtes
Selbständiger Anschläger (Schloßer) mit eig. Werkstatt empf. sich im Aufschlag von Neubauten. 4221
Fab. T 2, 6, 2. Stad.

Zugelaufen
Büdel zugelaufen. Abzugeben geg. Einrückungsgeld u. Futtergeld. Schwefelgasse 155, 3. Stad. 5932

Geldverkehr
Kredite
gibt in jed. Höhe, geg. Stellung von Bürgen, sowie Beleihg. v. Lebens-Versicherungspolice, Sparkastenschein, Waren aller Art die Volksbank in Berlin SO 33. 2663

Gypshafen-Gelber
werden von hier, Inzident auf gute Objekte zur erf. Stelle unter günst. Bedingungen jederzeit direkt gegeb. Man wende sich unter „Gypshafen-Gelber“ 477b an die Exped. dieses Blattes.

Billige Seefische!
Diese Woche besonders preiswert:
Goldkarpfen seltener, billiger Leckerbissen, zum Kochen und Braten, infolge Massenfang zum wirklich billigen Preise von **25 Pfg.** per Pfd.
Kabeljau im Anschnitt p. Pfd. **20 Pfg.** | Schellfisch gross, per Pfd. **35 Pfg.**
Silberlachs „ „ **20 Pfg.** | „ „ „ „ „ **42 Pfg.**
Bratschellfisch „ „ **16 Pfg.** | „ „ „ „ „ **43 Pfg.**
„ „ „ „ „ **60 Pfg.** | „ im Anschnitt „ **43 Pfg.**
Portions-Schellfisch p. Pfd. **20 Pfg.** | Schollen „ **35 Pfg.**
Tafelhecht im Anschnitt „ **40 Pfg.** | Seeforellen „ **25 Pfg.**
Seezungen, Steinbutt, Rotzungen, Heilbutt.
Alle Räuchersachen und Marinaden.
„Nordsee“
Telephon 2104 S 1, 2 Händler erhalten Engros-Preis
17. 2. 09

Fr. Hoffstaetter
Louisenring 61 Telephon 561 Louisenring 61
empfiehlt in bester Qualität alle Sorten
Ruhrkohlen, Ruhrkoks, Gaskoks
Anthracit-Eiform, Stein- u. Braunkohlen-Briketts, sowie Tannen- u. Bündelholz
zu den billigsten Tagespreisen. 80395
Bestellungen u. Zahlungen können auch h. Fr. Hoffstaetter jr. T 6, 34, 1 Tr., gemacht werden.

Zu verkaufen
Schensker-Verschlag mit Bergtafel, 1 großer Schild abzugeben.
Zamersstraße 15, Baden. 4264
Gute gep. Weige mit oder ohne Rahmauflagen billig abzugeben. Zamersstraße 15 parterre links. 4263

